

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

1 MG

MÜNCHEN, MONTAG, 9. FEBRUAR 2015

71. JAHRGANG / 7. WOCHE / NR. 32 / 2,40 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Wenn von den sogenannten Liebeschlossern die Rede ist, dann vorzugsweise im kopfschüttelnden Ton der Verwaltungsbeamten, die selbst in Herzensdingen vor den schlimmen Folgen warnen müssen. Wenn zu viele von diesen Schlössern an Brücken hängen, so tönt es kassandrahaft von Salzburg bis Paris, dann stürzen diese Brücken ein, und die Schlösser rosten am Grunde des Flusses alles voll. Der Fluss sei dann praktisch für Fische gar nicht mehr benutzbar. Natürlich könnte man jetzt seinen letzten Rest Aufständlichkeit zusammenraffen und den kalten Verwaltungsbeamten mit dem Satz entgegenreten, dass wahre Liebe noch niemandem geschadet habe, und schon gar nicht den munteren Fischen in der Salzach und in der Seina. Andererseits weiß man natürlich nicht sicher, ob vielleicht doch bereits ein leichtsinniger Karpfen an einem jener Schlüsselchen erstickt ist, welche, dem Schwur ewiger Liebe in hohem Bogen folgend, in sein nasses Reich geplumpst sind. Ach, eine göttliche Stimme müsste jetzt laut werden, eine, die uns versichert, dass die große Liebe keine Fische tötet, sondern vielmehr die Welt zum Guten wendet. Und wenn es schon keine göttliche sein kann, dann zumindest eine gottgeneigte. Ach, da ist sie auch schon zu vernehmen.

Nämlich aus dem Mund des freundlichen Kölner Kardinals Rainer Maria Woelki, und jetzt muss es aber doch ausnahmsweise erlaubt sein, einen Menschen zu seinem schönen, poetischen und luftigen Namen zu beglückwünschen. Erinnerung sich noch jemand an das schöne Gedicht von Ernst Jandl: „rilke sagte er, dann sagte er gurke, leise dann wolke?“ Aber was sagt, und das ist jetzt viel entscheidender, Woelki zu den Liebeschlossern? Er sagt, dass er das romantische „Wegwerf-Ritual“ schätze, denn ein in den Fluss geplumpster Schlüssel sei ein starkes Zeichen ewiger Treue. Aber Woelki wäre ein schlechter Kardinal, legte er seinem Lob des Anketten nicht auch eine kleine Werbebroschüre für das eigene Haus bei: Gott zum Beispiel, sagt Woelki, fände das Anketten für sich selber nicht so gut. Er sei für Liebesbeziehungen mit allergrößter Freiheit.

Nun könnten Spötter sich zu albernem Aperçus hinreißen lassen, nach denen Gott so etwas wie ein transzendentaler Rainer Langhans wäre. Aber das ist nichts weiter als blöd-frivolose Agnostiker-Geschetze. In Wahrheit stelle Gott, so Woelki, jedem frei, sich für oder gegen ihn zu entscheiden, und wer mit ihm zusammenleben möchte, kann seinen Schlüssel bei Petrus abholen und bei Bedarf wieder hinterlegen. Die irdischen Liebespaare hingegen werden mit zunehmender Bindungsroutine ganz andere Schlüsselerlebnisse haben. Wenn gegen Ende einer dem anderen die Koffer vor die Tür stellt und das Schloss auswechselt, ist noch der träge Karpfen mit dem Schlüssel im Magen näher am Glück als der Liebende mit dem falschen Zugangscode.

HEUTE

- Meinung**
Barack Obama vertraut der Kanzlerin mehr als anderen Regierungschefs, auch im Ukraine-Konflikt 4
- Panorama**
Wie Boliviens Großstadt La Paz mit Seilbahnen ihr Verkehrsproblem lösen will 10
- Wissen**
Neue Fischernetze verhindern, dass Flundern als Beifang enden 18
- Jetzt.de**
Zerstört Whatsapp unsere Sprache? Eine Diskussion im Gruppenchat 26
- Sport**
Das Debüt von Weltmeister Schürle beim VfL Wolfsburg übertrifft die Erwartungen 29

- Medien, TV-/ Radioprogramm 27, 28
- Schule und Hochschule 25
- Kino - Theater im Lokalteil
- Rätsel 27
- Familienanzeigen 22, 23

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, NL, SLO, SK, € 3,00; Dkr. 23; € 3,00; kn 27; sfr. 4,80; czk 85; Ft 780



Rot in Venedig
Mithilfe eines Stahlseils wird diese junge Frau im farbenfrohen Kostüm vom Campanile aus auf den Markusplatz herabgelassen. Venezianer und Touristen bestaunen am Sonntag diesen sogenannten Volo dell'Angelo (Engelsflug), einen der Höhepunkte des Karnevals von Venedig. Hunderttausende Besucher können noch bis zum 17. Februar die berühmten Masken in der Lagunenstadt bewundern und sich von Konzerten, Tanzshows, Ausstellungen und Filmvorführungen unterhalten lassen. FOTO: SEBASTIANO CASSELLATI/AP

Schweizer Bank als Hort für Schwarzgeld

Vertrauliche Unterlagen zeigen, wie das Geldinstitut HSBC in Genf mit Steuerhinterziehern und anderen Kriminellen Geschäfte machte. Prominente aus aller Welt hatten dort Konten

München – Kriminelle, Angehörige von Königshäusern aus dem Nahen Osten und Regierungsmitglieder ethlicher Länder haben bei einer Schweizer Tochter der Großbank HSBC Milliardenbeträge angelegt – viel davon offenbar als Schwarzgeld. Das geht aus Tausenden vertraulichen Dokumenten hervor, die Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR einsehen konnten. Auf den darin aufgeführten Konten von Kunden der Genfer Niederlassung der Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) lagerten 2007 mehr als 75 Milliarden Euro.

Die Unterlagen liegen seit einiger Zeit auf Finanzbehörden in mindestens zwölf Ländern vor, unter ihnen Deutschland. Insgesamt haben Ermittler weltweit damit bereits mehr als eine Milliarde Euro Steuern und Strafen eingetrieben. Es ist das bisher größte Datenleck in der Bankenbranche, das von Ermittlern und Journalisten ausgewertet wurde. Betroffen ist die Schweizer Tochtergesellschaft HSBC Private Bank. Mehr als 100 000 Personen aus mehr als 200 Ländern und Territorien sind in den Daten zu finden.

Die HSBC ist die zweitgrößte Bank der Welt, gemessen an der Bilanzsumme. Die Unterlagen belegen im Detail, wie Bankberater Kunden halfen, ihr Vermögen zu verschleiern. In den Dokumenten finden sich Verwandte und Regierungsmitglieder von Autokraten wie Syriens Machthaber Baschar al-Assad, Ägyptens Ex-Präsident Hosni Mubarak und Chinas ehemaligem Premier Li Peng. Außerdem tauchen Verbindungen zu mutmaßlichen Blutdiamantenhändlern, Waffenschleibern und Terrorfinanzierern auf.

Die HSBC gesteht das Fehlverhalten der Schweizer Niederlassung ein. „Wir sind verantwortlich für das Kontrollversagen in der Vergangenheit“, teilt das Institut mit. Die Schweizer HSBC habe „zu viele Hochrisiko-Konten“ geführt. Die Bank verweist darauf, dass sie sich mittlerweile von allen steuerlich problematischen Kunden getrennt habe.

Französische Fahnder hatten 2009 bei einem ehemaligen Mitarbeiter der HSBC, Hervé Falciani, die Dokumente beschlagnahmt. Von rund 3000 ausgewerteten französischen Konten waren nur sechs den Finanzämtern gemeldet. Ausländische Steuerfahnder haben von Frankreich Unterlagen bekommen, um in ihren Ländern zu ermitteln – Deutschland im Jahr 2010. In welcher Höhe hinterzogene Steuern von deut-

schen Behörden zurückgeholt werden konnten, bleibt unklar. Die HSBC-Dokumente der französischen Fahnder gelangten auch in den Besitz der Pariser Zeitung Le Monde. Sie übergab die Daten an das Internationale Konsortium für investigative Journalisten (ICIJ) in Washington, das sie 45 Medien weltweit zur Verfügung stellte, darunter dem Guardian, der BBC und der US-Sendung 60 Minutes. Mehr als 140 Journalisten werteten die Dokumente in einer monatelangen Recherche aus.

Gegen Falciani hat die Schweizer Staatsanwaltschaft vor Kurzem Anklage erhoben. Sie wirft dem Informatiker vor, Daten der HSBC gestohlen zu haben. Diese habe Falciani dann ausländischen Banken und Behörden angeboten, so die Schweizer Ermittler. Falciani lebt derzeit unter Polizeischutz an einem unbekanntem Ort in Frankreich. SZ > Seite Drei, Seiten 6 und 7

Eine weitere Zahl aber lastet nicht einmal die Linke Gabriel an: Die tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen verdoppelten sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr auf 1,8 Milliarden Euro. Allerdings muss man hier zum einen berücksichtigen, dass davon allein ungefähr 600 Millionen Euro auf ein U-Boot für Israel entfielen. Zum anderen vergeht zwischen der Genehmigung und der tatsächlichen Ausfuhr meist einige Zeit, manchmal sind es Jahre. Entsprechend milde gibt sich van Aken: „Die Politik der neuen Bundesregierung lässt sich besser an den im Jahre 2014 erteilten Genehmigungen ablesen.“

Im Wirtschaftsministerium ist man hochzufrieden mit den neuen Zahlen, will sie aber auch nicht laut bejubeln. Schließlich ist den Experten dort klar, dass ein einziger Großauftrag in den nächsten Jahren die Zahlen wieder nach oben treiben könnte – ganz gleich, ob politisch harmlos oder nicht. CHRISTOPH HICKMANN

land westliche Waffenlieferungen an Kiew als Grund sehen könnte, offen an der Seite der Separatisten in den Krieg einzutreten. Das zwischen den vier Parteien ausgehandelte Papier geht nach SZ-Informationen nicht auf grundsätzliche Fragen wie die Bündniswahl der Ukraine oder die Zukunft der Krim ein, sondern soll die Zukunft der Separatisten-Gebiete regeln. Dabei geht es für Putin vor allem um die politische Einbindung der Separatisten-Anführer und für Poroschenko um die territoriale Integrität der Ukraine. Wahlen und die humanitäre Versorgung werden thematisiert. Besondere Probleme scheint die Forderung Merkels zu bereiten, dass Russland seine Grenzen zur Ukraine schließen müsse. S. BRAUN, S. KORNELIUS > Seiten 2 und 4

Land westliche Waffenlieferungen an Kiew als Grund sehen könnte, offen an der Seite der Separatisten in den Krieg einzutreten. Das zwischen den vier Parteien ausgehandelte Papier geht nach SZ-Informationen nicht auf grundsätzliche Fragen wie die Bündniswahl der Ukraine oder die Zukunft der Krim ein, sondern soll die Zukunft der Separatisten-Gebiete regeln. Dabei geht es für Putin vor allem um die politische Einbindung der Separatisten-Anführer und für Poroschenko um die territoriale Integrität der Ukraine. Wahlen und die humanitäre Versorgung werden thematisiert. Besondere Probleme scheint die Forderung Merkels zu bereiten, dass Russland seine Grenzen zur Ukraine schließen müsse. S. BRAUN, S. KORNELIUS > Seiten 2 und 4

Antrag abgelehnt

Gabriels Ministerium genehmigt weniger Rüstungsexporte

Wert von 3,97 Milliarden Euro erteilt, während es 2013 noch 5,85 Milliarden gewesen waren. Seit 2008 hatten die Werte zwischen 4,7 und 5,9 Milliarden gelegen. Rechnet man die sogenannten Sammelantragsgenehmigungen dazu, die nur für politisch unproblematische Exporte erteilt werden, fällt auch der Gesamtwert für 2014 mit 6,52 Milliarden Euro deutlich geringer aus als in den Vorjahren.

Die Industrie dürfte sich in ihren Befürchtungen bestätigt sehen. Dafür aber gibt es ungewohntes Beifall von der Linken, auf deren schriftliche Fragen hin das Wirtschaftsministerium die neuen, noch vorläufigen Zahlen mitgeteilt hat. „Es ist eine gute Nachricht, dass neue Genehmigungen für Rüstungsexporte im letzten Jahr zurückgegangen sind“, sagt der Abgeordnete Jan van Aken, der Gabriel in der Vergangenheit gern leeres Gerede vorwarf und ihn als „Vizepanzler“ titulierte. Restlos zufrieden ist van Aken aber selbstredend noch nicht. Da ist etwa die Tatsache, dass Saudi-Arabien mit Genehmigungen von knapp 209 Millionen Euro auf Platz sechs der zehn wichtigsten Empfängerländer rangiert. Vor allem aber nimmt der Linken-Außenpolitiker Anstoß daran, dass der Anteil der Genehmigungen für Exporte in sogenannte Drittländer mit mehr als 60 Prozent beinahe konstant blieb. Unter Drittländern versteht man Staaten, die weder Mitglied der EU noch der Nato und auch nicht, wie Australien, der Nato gleichgestellt sind.

Gipfel in Minsk soll Ukraine-Krise entschärfen

Merkel und Hollande wollen Poroschenko und Putin treffen. US-Senatoren dringen darauf, Waffen an Kiew zu liefern

München – Während die Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine immer schärfer wird, wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande am Mittwoch in Minsk mit Russlands Präsident Wladimir Putin und dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko einen Weg aus der Krise finden. Das vereinbarten alle vier bei einer Telefonkonferenz am Sonntag, wobei Putin Agenturmeldungen zufolge nicht näher definierte „Voraussetzungen“ zur Bedingung für ein Treffen machte. Damit besteht die Hoffnung, dass es in der Ostukraine doch noch eine Waffenruhe, möglicherweise sogar einen Waffenstillstand geben könnte.

Zuvor war es auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern von Waffenlieferungen an die Ukraine gekommen. Merkel lehnte Waffenlieferungen ab, weil sie eine Eskalation fürchtet und einen militärischen Erfolg der Ukraine für ausgeschlossen hält. Dagegen hatten sich mehrere US-Senatoren für schnelle Lieferungen ausgesprochen und damit auch einen dramatischen Appell Poroschenkos unterstützt, man möge seinem Land endlich die Mittel zur Selbstverteidigung geben. Die Senatoren John McCain und Lindsey Graham hatten Merkel Verrat an der Ukraine, Rücksichtslosigkeit gegenüber den Toten und Geschichtsvergessenheit vorgeworfen.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier reagierte mit kaum versteckter Kritik an den Amerikanern. Es sei unverantwortlich, wenn man auf Waffenlieferungen setze. Sein Amtskollege John Kerry versuchte, den Streit mit den Senatoren zu dämpfen, und beschwor die Einigkeit zwischen Deutschland und den USA.

Am Sonntag reiste Merkel nach Washington, um mit US-Präsident Barack Obama über die Krise zu sprechen. Auch dabei wurde das Thema Waffenlieferungen eine Rolle spielen. Bislang allerdings gilt Obama als klarer Gegner einer Aufrüstung der Ukraine. Allerdings verschärfte ein Auftritt des russischen Außenministers Sergej Lawrow in München die Sorge vor einer weiteren Eskalation. Lawrow hatte vor allem dem Westen die Schuld an der Krise gegeben. Sein harscher Auftritt gipfelte in dem Vorwurf, die EU und die USA hätten in der Ukraine direkt einen Putsch befördert. Indirekt deutete Lawrow an, dass Russ-

Athen verspricht Reformen

Premier Tsipras setzt sich für Kampf gegen Korruption ein

Athen – Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hält trotz bestehender Vorbehalte in EU-Ländern eine Einigung in der Schuldenkrise für möglich. Griechenland werde seinen Partnern ein Überbrückungsprogramm bis Juni vorschlagen, sagte Tsipras in seiner Regierungserklärung am Sonntag in Athen. Der Linkspolitiker kündigte seinen Landsleuten tiefgreifende Reformen, mehr soziale Gerechtigkeit sowie einen harten Kampf gegen Korruption und Steuerflucht an. Seine Regierung sei entschlossen, alle ihre Wahlkampfversprechen umzusetzen, sagte Tsipras. Vordringlich sei es, den Schwächsten im Lande beizustehen. Die Mittel für zusätzliche Ausgaben will die Regierung an anderer Stelle einsparen, beispielsweise durch Abschaffung von Dienstwagen sowie anderer Vergünstigungen für Staatsdiener. Tsipras kündigte in diesem Zusammenhang eine entschlossene Bekämpfung von Steuerhinterziehung an. Dazu sollen auch große Auslandsvermögen überprüft werden. DPA > Seite 4 und Wirtschaft

Leipzig verbietet Legida-Demonstration

Leipzig – Die Stadt Leipzig hat dem antiislamischen Bündnis Legida die für diesen Montag geplante Demonstration untersagt. Der Freistaat Sachsen könne nicht genügend Polizei zur Verfügung stellen, hieß es. Deshalb müsse die Stadt die Veranstaltung „aus Sicherheitsgründen“ verbieten. In Dresden kamen zur Kundgebung einer Abspaltung der Pegida am Sonntag mehrere Hundert Teilnehmer. sz > Seite 8

Frankreichs Sozialisten gewinnen Nachwahl

Paris – Die französischen Sozialisten haben die erste Wahlentscheidung nach den Terroranschlägen von Paris für sich entschieden. Ihr Kandidat Frédéric Barbier setzte sich am Sonntag bei einer Nachwahl in der Region Doubs mit 51,4 Prozent gegen die Kandidatin der rechtsextremen Front National durch, die auf 48,6 Prozent kam. DPA > Seiten 4 und 8

Unions-Obmann erhebt Vorwürfe gegen BND

Berlin – Der scheidende Unions-Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss, Roderich Kiesewetter, gibt sein Amt nach eigenen Angaben auf, weil der Bundesnachrichtendienst (BND) ohne sein Wissen mit Menschen in seinem Umfeld zusammenarbeitet. BND-Präsident Gerhard Schindler sagte, es sei eine Unterstellung, dass der BND den Untersuchungsausschuss kompromittieren wolle. DPA > Seiten 4 und 5

Nigeria verschiebt Wahlen

Abuja – Die Präsidenten- und Parlamentswahlen in Nigeria ist wegen der prekären Sicherheitslage kurzfristig um sechs Wochen verschoben worden. Nach Angaben der Wahlkommission können die Sicherheitskräfte den Schutz der Wähler wegen des Kampfes gegen die im Nordosten aktive Terrorgruppe Boko Haram derzeit nicht garantieren. Die USA kritisierten die Verschiebung scharf. DPA > Seiten 4 und 9

DAS WETTER

TAGS 7° / -9° NACHTS

Es fällt häufig Regen, in den Mittelgebirgen und im Süden Schneeregen oder Schnee. Dabei Glättegefahr und Schneeverwehungen. Nur rund um Rügen wird es freundlicher. Minus drei bis plus sieben Grad. > Seite 15 und Lokales

Gewinnzahlen vom Wochenende
Lotto (7.2.): 12, 13, 14, 23, 25, 47
Superszahl: 9
Toto: 2, 2, 0, 2, 1, 1, 0, 1, 2, 0, 0, 0
Auswahlwette: 8, 11, 12, 13, 21, 24
Zusatzspiel: 17
Spiel 77: 2 6 4 8 4 7 9
Super 6: 1 7 9 0 2 (Ohne Gewähr)
> Weitere Gewinnzahlen:
Wirtschaft, Seite 21

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

VON FREDERIK OBERMAIER
UND BASTIAN OBERMAYER

Sie haben ihn. In Handschellen ist Hervé Falciani abgeführt worden, so wird er es später erzählen, jetzt sitzt er im Verhörzimmer der Zentrale der Kantonspolizei in Genf. Während die Staatsanwältin ihn befragt, durchsuchen Polizisten das Büro des Informatikers in der Genfer HSBC-Bank. Es steht denkbar schlecht um ihn: Seine Komplizin – und Geliebte – hat ausgesagt, dass sie zusammen streng geheime Kundendaten der Bank verkaufen wollten. Sie hat ihn als Haupttäter, als den eigentlichen Dieb genannt. Er ist geliefert.

Gegen 22 Uhr an diesem 22. Dezember 2008, so geht es aus den Schweizer Ermittlungsakten hervor, fängt Hervé Falciani an zu jammern, zu betteln, zu bitten. Er wolle nach Hause zu seiner kleinen Tochter, sie sei doch behindert, und er müsse nach ihr sehen. Er hört nicht auf damit: Die Kleine, sagt er, brauche ihren Vater. Irgendwann lässt die Staatsanwältin sich erweichen. Sie schickt ihn nach Hause, mit der Auflage, am nächsten Tag um 9.30 Uhr wieder in der Kantonspolizei zu erscheinen.

Wenige Stunden später ist Hervé Falciani dann aber schon über der französischen Grenze. Er hat sich im Internet einen Car-sharing-Wagen gemietet, hat seine – tatsächlich behinderte – kleine Tochter, die Ehefrau und ein paar Sachen eingepackt und ist losgefahren. Seine Schlüssel stecken noch an der Wohnungstür.



In Frankreich macht er sich sofort daran, die gestohlenen Bankdaten von mehr als hunderttausend Kunden der HSBC-Bank herunterzuladen, die er auf einem Cloudserver gespeichert hatte. Es ist der größte Bankdatenraub der Geschichte.

Wenn sich in diesen Tagen des Swiss-Leaks die HSBC-Bank für ihre Machenschaften und dubiosen Kunden rechtfertigen muss, und die Öffentlichkeit von den geheimen Schweizer Konten von Königen und Oligarchen erfährt, von Despoten und Ministern, von Waffenhändlern, Drogenschmugglern und potenziellen Finanziers der al-Qaida – dann steht im Mittelpunkt jeder einzelnen Geschichte dieser Mann: Hervé Falciani. Der Whistleblower.

Aber wer ist der Mann, den die *New York Times* den „Edward Snowden der Banken“ nennt, vor dessen Daten noch immer Steueründer auf der ganzen Welt zittern?

Wer ist Hervé Falciani? Falciani ist, das steht fest, für viele ein Held. Einer, der aufsteht gegen die Macht der Banken, so sehen ihn die einen. Nach seiner Flucht aus der Schweiz übergab er die gestohlenen Daten den französischen Steuerbehörden. Von dort gingen die Unterlagen seither den Steuerbehörden einer ganzen Reihe von Ländern zu und spülten Hunderte Millionen Euro zurück in die Staatskassen – wo sie jetzt für Schulen, Straßen oder Altersheime verwendet werden können.

Hervé Falciani nahm für sein Diebesgut keinen einzigen Euro.

Ist er also ein Robin Hood? Ein moderner Rächer, der den Reichen nimmt und den Armen gibt? Oder ist er nur ein schmieriger Dieb, dem das Schicksal durch die Verhaftung einen Strich durch die Rechnung machte – gerade als er seine Daten verkaufen wollte? Ist er ein notorischer Lügner, wie viele sagen, ein Casanova, ein Spieler, ein eitler Selbstdarsteller? Und was, wenn er all das ist?

Ein Treffen in Paris, vor einigen Wochen. Falciani, heute 42, erscheint bester Laune und braun gebrannt in der Redaktion von *Le Monde*, schickes Hemd und Jackett. Dass vier Fernsehkameras das Interview mitschneiden werden? Kein Problem. Falciani ist Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit gewohnt, der Whistleblower hat mittlerweile ungezählte Print- und Fernsehinterviews gegeben. Wie gesagt: Für viele ist er ein Held.

Vor einem Jahr trat er sogar bei den Wahlen zum Europäischen Parlament an, als Spitzenkandidat der spanischen Partei Partido X. Seine Wahlkampfthemen waren: Korruption und Steuern. Gewählt wurde er allerdings nicht.

Geduldig wartet er, bis die Kameras aufgebaut sind, das Licht stimmt und die Reporter von *Le Monde*, die das Interview führen werden, bereit sind.

Man nimmt an, dass Hervé Falciani auch eine Wohnung in Paris hat, bekannt ist, dass er an wechselnden Orten in Frankreich wohnt und dass stets Bodyguards in seiner Nähe sind. Warum? Die Antwort steht in den Daten des Swiss-Leaks: Dort stößt man auf Namen und Details von Personen, die im wahren Leben ihre Interessen mit Schlägertrupps und Schlimmerem durchsetzen. Solche Kontoinhaber fand fast jedes der vielen internationalen Reporterteams, die in den vergangenen Monaten in den Daten recherchierten – nachdem zwei Reporter von *Le Monde* den Datensatz bekommen und ihn dem Internationalen Konsortium für investigative Journalisten (ICIJ) übergeben hatten.

Immer wieder gibt es Berichte, Hervé Falcianis Leben sei in Gefahr. An einen normalen Alltag ist für ihn nicht zu denken. Auch weil die Schweiz noch immer mit einem internationalen Haftbefehl nach ihm fahndet. Er, der die französische und italie-

nische Staatsbürgerschaft besitzt, kann also nur in Länder reisen, die ihn nicht den Schweizer Ermittlern ausliefern. Dort wiederum hat gerade erst, im Dezember 2014, die Bundesanwaltschaft Anklage erhoben, unter anderem wegen „unbefugter Datenbeschaffung“ und „Bankgeheimnisverletzung“. Die Schweiz wird das durchziehen, im Zweifel eben ohne den Angeklagten.

Falciani weiß das, und er meint auch zu wissen, wie es ausgehen wird: „Ich werde verurteilt werden“, sagt er, „und ein neues Kapitel aufschlagen, eine Namensänderung beantragen und verschwinden, in ein normales Leben mit meiner Familie.“

Das ist der Preis für seine Tat. Bereut er sie? „Was ich getan habe, das habe ich aus einem guten Grund getan: damit es eine Untersuchung gibt“, sagt er. Was er meint: eine Untersuchung, eine Ermittlung gegen die HSBC. Die gibt es inzwischen, in Frankreich, Belgien, Argentinien. Die Vorwürfe: Beihilfe zur Steuerhinterziehung, Geldwäsche und anderes.

Falciani lächelt. Gefällt er sich in der Rolle des weißen Ritters?

„Ich bin kein weißer Ritter“, sagt er, „aber es hat etwas Wunderschönes, Berauschendes, die Wahrheit herauszufinden.“

Die Wahrheit über die fragwürdigen Geschäfte der HSBC wird in diesen Tagen Stück für Stück ans Licht kommen, in 45 Ländern haben Reporter dazu recherchiert. Aber was ist die Wahrheit im Fall Hervé Falciani?

Diese Frage beschäftigt Staatsanwälte und Ermittler seit Jahren. Hervé Falciani selbst trägt zur Aufklärung wenig bei – obwohl er gerne spricht. Hier, in der Kantine von *Le Monde*, wird er fast eineinhalb Stunden reden und jede Frage beantworten. Aber es ist nicht klar, was man ihm glauben kann. Falciani hat in den vergangenen Jahren viel erzählt, und viel davon war offenbar falsch. Immer wieder verheddert er sich in Widersprüche, erfindet Dinge, bringt neue Versionen seiner Geschichte in Umlauf. Auch in diesem Interview.

Man kann die Rekonstruktion des größten Bankdatenleaks der Geschichte also nicht allein mit seinen Aussagen bestreiten – im Gegenteil: Man muss mit seinen Geschichten sehr vorsichtig sein. Aber in den vergangenen Monaten haben Reporter aus Frankreich, der Schweiz, Spanien, Italien, Deutschland und etlichen weiteren Ländern eine Menge neuer Details zusammengetragen. Diese Puzzlestücke – Zehntausende Seiten Ermittlungsakten und Verhörprotokolle, bislang geheime E-Mails und Hintergrundgespräche – ergeben ein noch nie gesehenes Ganzes. So lässt sich zum ersten Mal die ganze Geschichte erzählen. Die Geschichte eines unerhörten Diebstahls.

Sie beginnt im März 2006, als der französische Computerspezialist Hervé Falciani von der HSBC in Monaco zur HSBC-Schwester in Genf wechselt. Bevor Falciani die Welt der Banken betrat, war er, der leidenschaftliche Pokerspieler, acht Jahre lang Croupier in einem Casino in Monaco gewesen. Der Wechsel zur HSBC ist lohnend, die HSBC war damals ein Bankenriesen, die fünftgrößte Privatbank der Welt. Falciani verdient dort mehr als 100 000 Euro im Jahr. Seine Aufgabe: ein neues Computersystem mit den bestehenden Kundendaten zu bestücken.

Schon nach kurzer Zeit, sagen Ex-Kollegen, sei Falciani unzufrieden gewesen in der HSBC, er habe eine andere Stelle gewollt, und ein anderes Datenbanksystem.

Er erzählt mal dies und mal das. Egal. Die Bankdaten, die er beschafft hat, sind trotzdem wahr

Möglicherweise, so werden es jedenfalls die Schweizer Ermittler rekonstruieren, vergehen nur wenige Monate vom Tag seines Dienstantritts bis zu dem Tag, an dem er offenbar beginnt, vertrauliche Kundendaten abfließen zu lassen. Von Oktober 2006 an importierte Falciani die komplette Datenbank der HSBC-Kunden in das neue System. Während dieses Vorgangs, das ergaben interne Ermittlungen der HSBC, waren die eigentlich verschlüsselten Daten immer wieder unverschlüsselt. War das der Moment, in dem der unzufriedene Mitarbeiter Falciani seine Chance auf eine goldene Zukunft sah?

Im Gespräch in Paris liefert er eine andere Version. Eine, von der er zuvor noch nie gesprochen hatte: Er behauptet, er habe Komplizen gehabt. Diese hätten – um die Lügen der HSBC aufzudecken – die sensiblen Kundendaten, auf die er selbst nie Zugriff gehabt habe, in eine Cloud geladen. Er habe das Material nur zusammengestellt.

Er wäre also nicht der Dieb gewesen, gestohlen hätten andere. Warum erzählt er davon erst jetzt? Soll man ihm glauben?

Die größten Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit entstehen aus den Aussagen einer Frau, die in den Jahren 2006 bis 2008 viel Zeit mit ihm verbracht hat: Georgina Mikhael, seine damalige Geliebte. Die vier Jahre jüngere Franco-Libanesin und der verheiratete Hervé Falciani lernen sich Mitte 2006 bei der HSBC kennen. Erst sind sie nur Kollegen, dann beginnen sie eine Affäre, schließlich werden sie offenbar zu Komplizen. Georgina Mikhael behauptet sogar, Falciani sei überhaupt nur aus einem Grund zur HSBC Genf gegangen: weil er Daten stehlen und damit Geld verdienen wollte – was er bestreitet. Mikhael beschreibt ihn als manipulativ und gierig, er sei wahrlich „kein Robin Hood“, sagte sie im August 2013 der *New York Times*.

Für die HSBC-Bank ist diese Frage am Ende schmerzlich egal. Gleiches gilt für die enttarnten Steuerbetrüger und Geldwäscher. Den Ermittlern wiederum ist die Moralfrage ohnehin gleichgültig. Geheime Bankdaten sind nicht weniger wertvoll, nicht weniger wahr und nicht weniger beweiskräftig, wenn dem Mann, der sie beschafft hat, Charakterschwächen nachgewiesen werden.

Wohl im Dezember 2006 wehte Falciani seine Geliebte in einen Teil seines Geheimnisses ein, vermuten die Ermittler. Ein Projekt entsteht – das offenbar darum kreist, die gestohlenen Daten weiterzugeben. Zu verkaufen? Das ist die Frage.

Offenbar hat Georgina Mikhael das Projekt so verstanden. Sie schreibt im Juni 2007 eine Mail an einen saudischen Geschäftsmann und bietet ihm Kundendaten an, tausend Dollar pro Stück. Der Polizei wird sie später sagen, es habe sich um eine Art Markttest gehandelt, die Summe habe sie mit Falciani nicht besprochen. Er behauptet, er habe davon nichts gewusst.

Ein paar Monate später, im Dezember 2007, geht eine Website online, auf der eine Firma namens „Palorva“ beworben wird. Das Versprechen dieser Firma: Man könne Banken reiche Kunden beschaffen, und zwar durch *data mining* – gezielte Suche in öffentlichen Datenbanken. Im Januar 2008 wird in Hongkong auch eine Briefkastenfirma namens „Palorva“ angemeldet. Mehr braucht es nicht.

Anfang Februar 2008 reisen Hervé Falciani und Georgina Mikhael nach Bei-

rut, im Gepäck eigens angefertigte „Palorva“-Visitenkarten. Dort werden sie bei vier Banken vorstellig und bieten offenbar Kundendaten der HSBC an, jedoch ohne dass diese darauf eingestiegen wären.

Ihre Version der Reise lautet: Falciani und sie wollten die Daten an diese Banken verkaufen. Falciani liefert verschiedene Erklärungen. Eine lautet, er sei im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad nach Beirut gefahren, weil der Mossad entdeckt habe, dass die Hisbollah die HSBC habe unterwandern wollen. Auch Georgina Mikhael sei demnach Hisbollah-Agentin, er habe sie beobachten sollen.

Wie kommt ein IT-Mann aus Genf an den Mossad? Falciani behauptet, man habe ihn zuvor entführt und ihm in einer Tiefgarage die Sache mit der Hisbollah erklärt – und dass sein Leben in Gefahr sei. Unsinn oder Irrsinn? Oder eine unwahrscheinliche Wahrheit, die niemand glauben mag?

Was auch immer die Libanonreise ausgelöst haben mag, sie hat Folgen: Mikhael und Falciani geraten ins Visier der Schweizer Polizei. Über eine Mitarbeiterin einer

Robin not so good

Er mag ein Casanova sein, ein Spieler, ein Lügner. Aber mit den Daten, die Hervé Falciani der HSBC-Bank geklaut hat, hat er die Welt erschüttert – zumindest die vieler Reicher und Steuerhinterzieher



Ist er nur einer, der abkassieren wollte, oder doch ein Held? Möglicherweise ging Hervé Falciani tatsächlich als der eine los und kam als ein anderer an? Keiner weiß das so genau, vielleicht nicht einmal er selbst. FOTO: OLIVIER CORSAN/PICTURE ALLIANCE/DPA

der besuchten Beiruter Banken – ausgerechnet eine Schweizerin – landet das Geschäftsangebot der beiden seltsamen Besucher bei der Schweizer Polizei. Per Post kommen die beiden Visitenkarten der Besucher: Der Mann heißt demnach „Ruben Al-Chidiack“. Georgina Mikhael hat ihren echten Namen auf dem Kärtchen.

Damit ist man dem Duo auf der Spur. Nach der Beiruterreise ändern Falciani und Mikhael offenbar ihre Strategie. Sie wenden sich gezielt an Regierungsstellen. Anfang März 2008 melden sie sich beim Bundesnachrichtendienst, dann beim französischen und beim britischen Geheimdienst. Meist ruft erst Georgina Mikhael an, anonym, dann folgt eine E-Mail, die mit „Ruben Al-Chidiack“ unterschrieben ist. Von Geld ist in den Mails nie die Rede, Mikhael dagegen spricht sehr wohl davon, Daten verkaufen zu wollen. Tut sie das ohne sein Wissen, wie er sagt? Oder war das die Idee des Ganzen, wie sie sagt?

Es reagieren jedenfalls nur die Franzosen. Im April 2008 spricht Falciani das erste Mal mit einem französischen Polizisten über die Daten. Der alarmiert das Finanz-

ministerium, er sieht eine Goldmine. Tatsächlich finden sich in den Daten nicht nur Superreiche und Prominente, Fürsten und Könige, sondern vor allem sehr viele Kunden mit Geld auf Schweizer Konten. Ein Fahndertraum.

Frankreich macht schnell ernst. Zweimal treffen Steuerfahnder Falciani an der Schweizer Grenze, begleitet von Verhaltensanalyse-Experten des Geheimdienstes. Alle Treffen werden heimlich gefilmt, die obersten Dienstherren informiert. Falciani übergibt Stichproben von sieben HSBC-Kunden aus Frankreich: Treffer.

Was weder die Behörden noch Falciani oder Mikhael ahnen: Genau in dieser Zeit ziehen die Schweizer Ermittler die Schlinge enger. Seit Ende April 2008 wird Georgina Mikhaels Telefon abgehört. Der Beiruter Bankmitarbeiterin, die den Besuch gemeldet hatte, werden Fotos von Mikhael vorgelegt, die sie zweifelsfrei identifiziert. Ihr Begleiter bleibt vorerst unbekannt.

Nur: Die Ermittler registrieren rund 500 Telefonkontakte der Verdächtigen mit einem Mann namens Hervé Falciani.

Als Mikhael im Dezember 2008 bei der HSBC kündigt und die Ermittler von Ausreisepässen hören, schlagen sie zu. Mikhael nennt in der Befragung sofort Falcianis Namen, und so sitzt Hervé Falciani wenig später erst im Verhörzimmer und dann im Auto in Richtung französische Grenze. Mit seiner Familie.

Georgina Mikhael wird später sagen, Falciani habe das Geld aus dem Datenverkauf nutzen wollen, um seine Scheidung finanzieren zu können und mit ihr ein neues Leben anzufangen.

Hervé Falciani meldet sich, kaum in Frankreich, bei den Steuerfahndern. Am 26. Dezember 2008 übergibt er in einem Bistro am Flughafen Nizza fünf DVDs mit seinen Daten. Allerdings könnten damit in Frankreich keine Steuerermittlungen geführt werden, weil es Diebesgut ist.

Einen guten Monat später fahren etliche Polizeiwagen vor Falcianis Elternhaus bei Nizza vor, wo er untergekommen ist. Die Schweiz hat Amtshilfeersuchen gestellt. Sein Computer mit allen Daten wird mitgenommen, Falciani ebenso. Zwei Tage wird er, im Beisein der französischen Kollegen, von einer Schweizer Staatsanwältin vernommen. Es ist dieselbe, die ihn wenige Wochen davor hat gehen lassen.

Die Staatsanwältin will ihren Fehler wieder gutmachen, sie will die Daten auf der Stelle mit zurücknehmen. Aber ihr französischer Kollege weigert sich. Stattdessen gehen die HSBC-Unterlagen an die Steuerbehörden, als offizielle Beweismittel. Jetzt können sie verwendet werden, und Hervé Falciani hilft den Fahndern, sie zu verstehen. Zu den ersten Prominenten, die wegen Falcianis Daten in Bedrängnis geraten, gehören Spitzenkoch Paul Bocuse und Frankreichs reichste Frau, die L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt.

Er war nicht mehr Hüter seines Schatzes. Die Daten gingen um die Welt. Und er wurde – angeklagt

Spätestens jetzt ist Hervé Falciani nicht mehr der Hüter seines Schatzes. Die Daten gehen um die Welt, sie machen Schlagzeilen, und Hervé Falciani, der unzufriedene IT-Spezialist, wird zu einem, der aufgestanden ist und etwas unternommen hat: gegen die Hybris der Banken und der Superreichen. Gegen den Glauben einiger weniger, sie stünden über Recht und Gesetz. Das ist die eine Sicht.

In der Schweizer Anklage gegen ihn ist einer der zentralen Punkte, er habe mit dem Datendiebstahl „abkassieren“ wollen. So sehen ihn die anderen.

Das sind die beiden Bilder, die sich die Welt von Falciani macht: der Abkassierer und der Held. Möglicherweise ging Falciani tatsächlich als der eine los und kam als ein anderer an? Keiner weiß das so genau, vielleicht nicht einmal er selbst.

Falciani mag nicht die Idealbesetzung für den unbefleckten Helden sein, den Whistleblower mit reinem Herzen und unangreifbaren Absichten. Aber die sind selten. Gleichzeitig ist nicht belegt, dass er Millionen gewollt hätte. Wenn es in all den Unterlagen, Papieren und Akten Hinweise darauf gab, dass Geld hätte fließen sollen, dann stets aus den Telefonaten Georgina Mikhaels. Das Verfahren gegen sie – wegen ähnlicher Vorwürfe – wurde aber im September 2014 eingestellt. Auch eine HSBC-interne Untersuchung hat angeblich ergeben, dass sie sich nichts hat zuschulden kommen lassen.

Klar ist nur: Sollte Hervé Falciani vorgehabt haben, mit den Daten vor allem Geld zu verdienen, wofür einiges spricht, dann wäre es die Ironie dieser Geschichte, dass er damit erst gescheitert ist, um dann genau dafür gefeiert zu werden.

Er lebt jetzt das Leben eines Whistleblowers. Er sagt: „Ich hätte gerne einen Spitznamen gehabt – der Informant, der Insider – das wäre eine echte Medaille gewesen“, sagt Falciani, aber: „ich habe heute nichts. Die einzige öffentliche Anerkennung, die ich bekommen werde, ist die Verurteilung durch die Schweizer Justiz.“

Immerhin kann er aus der Ferne zusehen, wie seine Daten die Bankwelt erschüttern. Der radikale Umbau der HSBC, die Prozesse gegen Steueründer in so vielen Ländern, die zurückgeholten Abermilliarden an Steuern, wahrscheinlich Tausende Selbststanzeigen – das ist sein Werk.

Hat es sich also gelohnt?

„Das Gefühl, dass die eigene Existenz nützlich ist für viel mehr Menschen, das ist packend. Kein Stolz, aber wenn man das Echo sieht, die Entwicklungen, das ist ein gutes Gefühl für die Zukunft.“

Wer könnte ihm das nehmen? Ganz egal, warum es kam wie es kam.

Mitarbeit: Nils Casjens, Robert Gast, Titus Plattner, Oliver Zihlmann

Swiss-Leaks Geheime Dokumente enthüllen die dunklen Geschäfte der HSBC in der Schweiz

Der riesige Datensatz, den der Whistleblower Hervé Falciani bei der Schweizer Tochter der HSBC entwendete, befördert massive Vorwürfe: Das Institut war weltweit Tausenden zu Diensten, die gute Gründe hatten, ihr Geld zu verstecken – vor Steuerbehörden oder Ermittlern. Wie es aussieht, wurden im Schutz des Schweizer Bankgeheimnisses schwere Verbrechen gesteuert.

Tresor der Mächtigen und Verschwiegenen

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND GERARD RYLE

Vor wenigen Tagen, Ende Januar, entschied sich die Schweizer Filiale der Großbank HSBC zu einem höchst ungewöhnlichen Schritt: Sie schickte Tausenden aktuellen und ehemaligen Kunden alarmierende und ehrentägliche Schreiben. Überschriften sind die Briefe mit „streng privat und vertraulich“. Darunter heißt es, offenbar seien Journalisten an vertrauliche Bankdaten gelangt, die der Bank vor Jahren von einem damaligen Angestellten, einem IT-Experten, gestohlen worden seien. Man habe „führende Prozessanwälte“ eingeschaltet, aber es bestehe das Risiko, dass manche dieser Informationen „in der Öffentlichkeit auftauchen“.

Genau so ist es.



Jener frühere IT-Experte der HSBC heißt Hervé Falciani und ist heute einer der bekanntesten Whistleblower der Welt (*s. Seite 10*). Falciani stahl um 2006/2007 herum die Daten von Tausenden HSBC-Kunden und ihren oftmals geheimen Schweizer Konten. An diesen Datensatz gelangte zwar Reporter von *Le Monde*, die den Bestand dem Internationalen Konsortium von Investigativen Journalisten (ICIJ) übergaben. Das ICIJ stellte ein Recherche team von mehr als 140 Reportern aus 14 Ländern zusammen, die in den vergangenen Monaten die Daten sichten – unter ihnen auch Teams des *Guardian*, der BBC, des amerikanischen TV-Nachrichtemagazins „60 Minutes“ und des Recherche-Teams von *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR.

Insgesamt identifizierten die Rechercheams 106 458 Kunden aus 203 Ländern, auf deren Namen rund 60 000 Haupt- und 81 000 Unterkonten angemeldet waren. Nicht alle Konten des Leaks können Geldbeträge zugeordnet werden. Aber allein die enthaltenen Kontostände belaufen sich auf rund 75 Milliarden Euro.

So wird jetzt, etliche Jahre nach Hervé Falcianis Diebstahl, das wahre Ausmaß und die tatsächliche Bedeutung des wohl weltgrößten Bankdatensatzes deutlich. So versteht man auch, warum Hervé Falciani, der Whistleblower, inzwischen unter massivem Polizeischutz an wechselnden Orten in Frankreich lebt.

zu Diensten, wenn Vermögen außer Landes gebracht werden sollte.

Die Daten geben auch einen Einblick in die geheime Welt des Schweizer Bankensystems und belegen, wie HSBC-Mitarbeiter bereitwillig Kunden unterstützen, die ihre Vermögen vor den Steuerbehörden verstecken. Beispielsweise wurden Millionen Euro an Schwarzgeld in bar ausgehändigt, Briefkastenfirmen gegründet, die Zinsabschlagsteuer kreativ umgangen und anders.

Unter den Kunden sind hochrangige Politiker und höchste Richter, Konzernlenker und Rockstars, Fußball- und Formel-1-Weltmeister, Hollywood-Schauspieler und etliche Mitglieder der reichsten Familien dieser Welt. Und Tausende weitere Kunden mit ausreichendem Geld, um über ein Konto in der Schweiz nachzudenken.

Aber wie hoch mag die Quote der Steuerstünder sein? Eine Untersuchung der französischen Nationalversammlung aus dem Herbst 2013 gibt einen Fingerzeig: Nach seiner Flucht aus der Schweiz nach Frankreich im Dezember 2008 hatte Falciani, der neben der italienischen auch die französische Staatsangehörigkeit besitzt, seine Daten den französischen Steuerbehörden übergeben. Deren Fahnder überprüften rund dreitausend Konten mit positivem Guthaben und kamen zu dem Ergebnis, dass nur sechs der Konten deklariert waren. Das entspricht etwa 0,2 Prozent.

Die französischen Behörden haben länderpezifische Teile des Materials im Laufe der Jahre an mindestens elf andere Länder weitergereicht. So übergab die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde im Jahr 2010 den griechischen Behörden eine Liste von etwa 2000 Namen, die als „Lagarde-Liste“ bekannt wurde. Zwei Jahre später kam nichts in Griechenland. Als die Liste wieder auftauchte, fehlten drei Namen: eine Cousine des damaligen griechischen Finanzministers und ihr Ehemann sowie der Ehemann einer anderen Cousine des Ministers. Dem damaligen griechischen Außenminister Charles Karamanlis, dem die Liste übergeben wurde, wurde ein Brief mit dem Inhalt geschickt, dass die Liste wieder auftauchen würde. Er antwortete, dass er die Liste nicht weitergeben würde.

Erst drohte die Bank mit rechtlichen Schritten, um dann „Verhaltensdefizite“ einzuräumen Nach Zählung von Datenexperten des ICIJ sind in den Swiss-Leaks-Daten knapp 2000 Personen mit Verbindung zu Deutschland enthalten. Ein Team von SZ, NDR und WDR hat diese Namen gesichtet. Pest steht: Die deutschen Finanzämter konnten einiges an entgangenen Steuern zurückholen. Wie viel genau, wurde von den Finanzbehörden nicht zentral ermittelt. Weltweit liegt der Betrag der wiedergewonnenen Steuereinnahmen und damit verbundenen Strafzahlungen im Milliardenbereich. Etwa 264 Millionen Euro nahm der spanische Staat durch Falcianis Daten ein, 449 Millionen Euro der indische, 181 Millionen Euro der britische und 186 Millionen die französischen Steuerbehörden (*s. siehe Grafik*).

In der Schweiz Bank war die Steuerproblematik kein Geheimnis. Wenig verwunderlich also, dass die HSBC anfangs mit allen Mitteln eine Veröffentlichung der Swiss-Leaks-Recherchen zu verhindern suchte, als sie mit den Ergebnissen konfrontiert wurde. Die Rechtsanwältin der Bank forderte, die Daten sofort zerstört zu werden und die Namen der Kunden abzuwischen und die Verwandten von Autokraten mit Diktatoren, mit mutmaßlichen Händlern von Blutdiamanten oder Drogen und mit Betrugern aller Art. Man kann bestaunen, wie korrupte Regimes aus der ganzen Welt hier Millionen bunkern, man kann die Königsfamilien in Nahen Osten abblättern und die Verwandten von Autokraten wie Syriens Baschar al-Assad oder dem ehemaligen tunesischen Machthaber Zine el-Abidine Ben Ali. Die HSBC war offenbar bereit, die Namen der Kunden zu veröffentlichen. Alle sind vorhanden – Süddeutsche Zeitung exklusiv unter www.sz-rscontent.de

Die Bank

Das Leak

Abertausende Seiten voller Kontostände, Briefkastenfirmen und Steuertricks: Swiss-Leaks ist das bisher größte Datenleck der Bankenbranche, das von Ermittlern und Journalisten ausgewertet wurde.

Die meisten Daten stammen aus den Jahren 1998 bis 2007

Summe aller angelegten Gelder gerundet in Euro

75 000 000 000 000

59 802 Konten

81 458 Unterkonten

59 058 Dateien

3,3 GB Datenmenge

Die Folgen

Mit Hilfe der Dokumente konnten Behörden viel Steuergeld zurückholen – inklusive Strafzahlungen handelt es sich um mindestens eine Milliarde Euro

Die auffälligsten Kunden

Gennadi Timtschenko
Russischer Finanzminister
Verbindungen zu Wladimir Putin. Steht auf der US-Sanktionsliste



ROBBERG

Li Xiaolin
Mehrfacher Außenminister
Chinesischer Ex-Premier Li Peng. Taucht auch in den Offshore-Leaks-Daten auf



OH

Raschid Mohamed Raschid
Ehemaliger Außenminister
Ägyptens. Verantwortlich in Abwesenheit wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder



OH

Lavrentis Lavrentiadis
Rechtlicher Berater der griechischen Prorot Bank. Salbverkauft Geldwäscheverdachts in Haft



DFA

Rami Makhlouf
Reichster Mann Syriens und Cousin des Machthabers Baschar al-Assad. Steht auf den Sanktionslisten der EU und der Schweiz



DFA

Arturo del Tiempo Marqués
Spanischer Raschlaghändler. Wurde erwischt, als 1,2 Tonnen Kokain aus der Dominikanischen Republik nach Spanien bringen wollte



OH

Wladimir Antonow
Ex-Besitzer des Fußballvereins FC Portsmouth. Ihm wird vorgeworfen, eine Bank in Litauen um etwa 500 Millionen Euro betrogen zu haben



OH

SZ-Grafik: Recherche: Christoph Gösser, Frederik Obermayer, ICIJ



OH

in der Vergangenheit Kontroll- und Verhaltensdefizite gab und übernehmen dafür die Verantwortung.“

Über viele Jahre stand die Ausreizung des Schweizer Bankgeheimnisses offenbar im Mittelpunkt der Geschäfte der HSBC. Aus den fast 60 000 detaillierten Kundendateien des Swiss-Leaks-Bestands geht hervor, wie sehr die Geheimhaltung zum täglichen Geschäft der HSBC gehörte. Der Chef einer australischen Großbank etwa bestand laut den HSBC-Notizen darauf, am Telefon nie mit seinem echten Namen angesprochen zu werden. Er wollte „Mr. Shaw“ genannt werden, Shaw wie „Shaw99“, so hieß sein Nummernkonto. Charles Barrington Goode, wie „Mr. Shaw“ in Wahrheit heißt, teilte auf Nachfrage mit, sein Bankbetreiber habe ihn gedrängt, sich einen Alias-Namen zu geben. Die Erträge dieses Kontos habe er später versteuert.

Anonyme Nummernkonten, Kunden, die ihre Taschen in der HSBC mit Bargeld vollstopften und ihre Bankunterlagen noch in der Bank zerrißen. Das war, so ergibt es sich aus den Aufzeichnungen der Bankbetreiber, allgegenwärtig.

Dabei hatte Chris Meares, Ex-Chef des Private-Banking-Zweigs der HSBC, 2008 vor dem britischen Parlament erklärt, die Bank „verbitet“ ihren Beratern, bei Steuerhinterziehung mitzuwirken oder sie auch nur zu fördern“. Gegenbeispiele dafür gehen in den Swiss-Leaks-Daten in die Hunderte. Kunden mit nicht erklärten Konten werden Kreditkarten gemacht, damit diese im Ausland sicher an ihr Geld kommen. Kunden mit nicht erklärten Konten werden Unterlagen vorbeigebracht, weil diese nicht selbst mit belastendem Material herumlaufen wollen. So geht es immer weiter. Ähnlich wohlwollend geht die HSBC mit Kunden um, die für die eigentlich besonders strenge Regeln gelten sollten: „politisch exponierten Personen“, sogenannten PEPs. Dazu zählen, je nach Definition, die Inhaber wichtiger öffentlicher Ämter und ihrer engsten Verwandten und Berater. Regierungen und Bankenverbände weltweit sind sich einig, dass dieser Personenkreis nicht einfach an anonyme Auslandskonten kommen sollte. Die Reporter der Swiss-Leaks-Recherche fanden aktuelle oder ehemalige Politiker fast aller Staaten in den Daten, von Großbritannien, Russland, der

Ukraine, Georgien, Rumänien, Indien, Liechtenstein und Mexiko über Tunesien bis zu Paraguay oder Djibouti. Die Liste ist lang. Auch deutsche Politiker tauchen auf, allerdings weder aktuelle noch exponierte. Gleichzeitig stellte sich heraus, dass diese PEPs offenbar eben nicht mit jener Sorgfalt behandelt wurden, die angebracht gewesen wäre. So war Franz Merceon unter den HSBC-Kunden, der Ex-Minister und Vertrauensmann des verurteilten ehemaligen libanesischen Präsidenten Baschar al-Assad, war ein anderer ganze Reihe von Konten beteiligt, auf denen sich eine zweistellige Millionenumsome befand. Auch Belhasen Trabelsi, der Schwager des mittlerweile gestürzten tunesischen Machthabers Zine el-Abidine Ben Ali hatte ein Konto in Genf mit mehr als 20 Millionen Dollar.

Die Schweizer Finanzaufsicht bestraft die HSBC wegen zu laxer interner Kontrollen

Nach den Aufständen des Arabischen Frühlings untersuchte die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht 2011 bis 2013, ob Schweizer Banken die besonderen Auflagen bei Geschäften mit PEPs aus dem Nahen Osten eingehalten hatten. Die HSBC schämte am schlechtesten ab. Die drastische Konsequenz: Die Bank darf drei Jahre lang keine PEPs als Neukunden annehmen, der Bank gilt noch immer.

Die Reihe der problematischen PEPs macht die Falciani-Liste zu politischem Sprengstoff. In den jeweiligen Heimatländern wird man genau registrieren, wer Geld in der Schweiz bunkerte. Etwa Li Xiaolin, die Tochter von Li Peng, chinesischer Premier zur Zeit des Massakers am Tian'an-

men-Platz. Auf ihrem Konto lagen 2007 2,5 Millionen Dollar. Und natürlich die Königshäuser des Nahen Ostens. König Mohammed VI. von Marokko und der Kronprinz von Bahrain sind in den Daten, ebenso wie Dutzende Mitglieder der herrschenden Königsfamilie von Saudi-Arabien und der König von Jordanien, Abdallah II. Nun ist ein Konto in der Schweiz nichts Verbotenes. Nur eines von vielen Problemen, mit denen die Bank in der Vergangenheit zu kämpfen hatte (*s. siehe Text rechts*).

In den Foyers treffen sich Israelis und Palästinenser, Amerikaner und Iraner

Schweizer Banken sind einzigartige Orte, man betritt dort eine Welt, die sehr international und dann doch wieder erstaunlich klein ist. Hier treffen sich – im Foyer oder nur in den Kundendaten – Israelis und Palästinenser, Amerikaner und Iraner, Russen und Ukrainer. Verflochten in der Welt, vereint in ihren ureigenen Interessen.

Oder man nehme die beiden belgischen Diamantenhändler Mozes König und Kenneth Lee Aekelrod, beide verurteilt, beide wegen „illegaler Verbreitung von Edelsteinen“ auf der Most-Wanted-Liste von Interpol, und beide Kunden der HSBC. Wie das Leben so spielt, ist unter den HSBC-Kunden auch Elias Murr, der frühere Innenminister Libanons, der einem Interpol-Gremium namens „Foundation for a Safer World“ vorsteht. Grüßt man sich dann in der Bank, gilt sie als neutrales Gebiet?

Murr war zu seiner Ministerzeit mit einem HSBC-Konto verbunden, das über eine Firma namens Callorford Investments Limited eröffnet wurde. Ein Sprecher von Murr sagte dem ICIJ: „Die libanesische Regierung stellt keine Recherchen über libanesische Halter von Schweizer Konten an.“ Das Thema „...list in Libanon weder von Interesse noch von Relevanz.“

Auf dem erwähnten Konto lagen 2006/2007 rund 42 Millionen Dollar.

Mitarbeiter: Bastian Brinkmann, Mar Cabra, Rigoberto Gavilan, Will Fitzgibbon, Robert Gast, Christoph Zeller, Daniel Glas, Martha M. Hamilton, Titus Plattner, Tanjeun Schultz, Tom Stites, Marina Walker Guaveira, Oliver Zihlmann

litär bombardiert wurde, weil dort angeblich Chemiewaffen hergestellt wurden. Dazu zu mehrere Männer, die im Verdacht stehen, al-Qaida mit Geld versorgt zu haben.

Mutmaßliche Verstrickungen der HSBC in kriminelle Geschäfte sind nicht neu: 2012 zahlte die Bank in den USA 1,9 Milliarden Dollar Strafe, weil sie mexikanischen Drogenkartellen Geldwäsche ermöglicht hatte. Nur eines von vielen Problemen, mit denen die Bank in der Vergangenheit zu kämpfen hatte (*s. siehe Text rechts*).

Die Schweizer Behörden waren die ersten, die Falciani-Unterlagen auswerten. Von den etwa 3000 französischen Konten mit Guthaben waren nur sechs Konten den Finanzämtern gemeldet gewesen.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Der Informant

Der Weg der Daten

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet – wie viele hinterzogene Steuern sie dabei zurückholen konnten, ist nicht bekannt, weil die HSBC-Unterlagen dezentral bearbeitet wurden.

Guthaben auf den Konten

9,1 Mrd. Euro

nur 0,2 Prozent der ausgewerteten Konten waren korrekt gemeldet

Guthaben auf den Konten

1,9 Mrd. Euro

2062 Namen auf der Lagarde-Liste

Guthaben auf den Konten

3,3 Mrd. Euro

Deutsche Fahnder haben die Falciani-Daten ausgewertet –

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Das Streiflicht

(SZ) Der heute leider vergessene, gleichwohl geniale Komiker Heino Jaeger konnte immer so schön den alten Grzimek parodieren. Spätgeborene werden aus dieser Nachricht keinen Honig saugen, weil sie sich weder an Heino Jaeger noch an Bernhard Grzimek erinnern und schon gar nicht an dessen erhellend freundliche Sendung „Ein Platz für Tiere“. Jaeger ließ Grzimek einmal sagen, der Frankfurter Zoo beherberge nun ein neues Affenbaby, das zwölfjährige Affenbaby Katja: „Und hier sehen wir, wie es von der Mutter gesäugt wird. Es unterscheidet sogar schon, aber das kann man von einem so großen Affenbaby auch verlangen.“ Ja, es mag Schabernack sein, was Heino Jaeger dort, grzimekesk ertüchtigt, von sich gab. Aber dass wir Deutschen die Zootiere grundsätzlich lieben und einzelne von ihnen göttergleich verehren, ist seit dem kasparhauserhaften Auftreten des Eisbären Knut eine der großen Wahrheiten unserer an Zweifeln so reichen Gesellschaft.

Aus dem Berliner Zoo überstürzen sich seit einiger Zeit Meldungen über den Zustand des Orang-Utan-Babys Rieke, Tochter der Orang-Utan-Mutter Djasinga, welche sich nach der Geburt des Affenmädchens entschied, das Junge nicht nach eigenen Kräften großzuziehen, sondern lieber links liegen zu lassen. Der Mutter macht niemand einen Vorwurf, sie ist ja eine Äffin und ihr Verhalten nicht mit den Prämissen des Jugendamtes zu überprüfen und gegebenenfalls zu ahnden. Mag sein, dass Rieke nicht in ihre Vorstellung passt, weil sie ein bisschen aussieht wie der alte Schopenhauer. Möglicherweise gefällt ihr auch einfach der Name nicht. Aber wenn dergleichen Unbill geschieht, springt die deutsche Öffentlichkeit mit ihrer großen Affenliebe ein, die auch auf Eisbären übertragbar ist, wie man weiß. Nun bekommen die Rieke-Freunde jeden Tag das geliefert, was angespannte Journalisten gerne, „Wasersandmeldungen“ nennen: Riekes Gewicht, Riekes erstes Fläschchen, und am Wochenende wurden die Handreichungen für alle Welt sichtbar im Affenhaus vorgeführt. Und die Welt sah mit großem Staunen auf das Affenkind, so als sei es das erste Affenkind der Welt, das frisst und an Gewicht zulegt.

Aber blöder Spott ist etwas für blöde Spötter, und vielleicht sehen wir ja auch nur unsere eigene Weltverlorenheit in dem Affenwaisenkind Rieke gespiegelt. Bald muss Rieke nach Dorset, wo die Waisenauffen dieser Welt in einem Affenwaisenhaus leben wie in einem Dickens-Roman. Dort wird sie von den englischen Affen wegen ihres deutschen Vornamens verstoßen. Wäre es nicht besser, Rieke bliebe in Berlin und würde von den Berlinern Tag für Tag beobachtet, bewundert und gefilmt? So wie der famose Eisbär Knut, den die deutsche Öffentlichkeit so rückhaltlos zu einem der ihren machte und der allzu früh starb.

HEUTE

Meinung
Der Kampf der Schweizer Banken gegen die Steuerhinterziehung ist nicht glaubwürdig 4

Panorama
Nach 54 Jahren wird in den Anden ein Flugzeugwrack gefunden 10

Das Politische Buch
John Maynard Keynes' Kritik am Versailler Vertrag ist politisch aktuell wie einst 15

Wirtschaft
Wie der US-Sportartikel-Anbieter New Balance den Fußballmarkt erobern will 20

Sport
Slalomläuferin Mikaela Shiffrin über die Fähigkeit, zwischen den Toren zu tanzen 29

Medien 31
TV-/Radioprogramm 32
Kino - Theater im Lokalteil
Rätsel 31
Familienanzeigen 22

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motorkraft), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, NL, SLO, SK, € 3,00; Dkr. 23; € 3,00; kn 27; sfr. 4,80; czk 85; Ft 780



Enge Abstimmung in der Ukraine-Krise: Angela Merkel und Barack Obama im Weißen Haus.

FOTO: GUIDO BERGMANN/DPA

Obama schließt Waffenlieferungen nicht aus

Beim Treffen mit Angela Merkel betont der US-Präsident aber, er habe dazu noch keine Entscheidung getroffen. Wie die Kanzlerin strebe er in der Ukraine-Krise eine diplomatische Lösung an

VON NICOLAS RICHTER UND DANIEL BRÖSSLER

Washington/Brüssel – Die USA setzen trotz massiver Vorwürfe gegen Russland im Ukraine-Konflikt auf eine diplomatische Lösung, schließen aber auch Waffenlieferungen an die Ukraine nicht aus. Dies sei eine Option, die von seinen Beratern geprüft werde, sagte US-Präsident Barack Obama am Montag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Weißen Haus. Obama betonte allerdings, dass er noch keine Entscheidung getroffen habe. Er legte sich auch nicht auf ein bestimmtes Ereignis fest, von dem an er Waffen liefern werde. Die Ereignisse in der Ukraine würden stattdessen kontinuierlich analysiert, sagte der US-Präsident. Bevor er eine Entscheidung treffe, werde er sich mit Merkel und anderen

Verbündeten abstimmen, versprach er. Obama strebt zwar weiterhin gemeinsam mit der Kanzlerin eine diplomatische Lösung der Ukraine-Krise an. Im Falle des Scheiterns werde der Westen aber eine „starke Antwort“ geben.

Merkel bekräftigte, dass sie Waffenlieferungen skeptisch sehe. Wichtig sei es jedenfalls, dass die Einigkeit der USA und Europas fortbestehe, „auch wenn es in einzelnen Fragen unterschiedliche Meinungen gibt“. Die Kanzlerin betonte, man müsse eine friedliche Lösung suchen und die diplomatischen Mittel ausschöpfen, „obwohl wir schon viele Rückschläge erlitten haben“ und obwohl es keinerlei Garantie für den Erfolg gebe.

Obama ließ keinen Zweifel daran, dass er Russland für die verschärfte Lage in der Ostukraine verantwortlich macht. „Russland hat mehr Panzer ins Land gebracht

und unterstützt die Separatisten bei weiteren Geländegewinnen“, sagte er. „Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass Grenzen neu gezogen werden mithilfe von Gewalt.“ Man müsse Moskau klarmachen, „dass es einen hohen Preis zu zahlen hat“. Obama ermahnte zugleich die ukrainische Führung um Präsident Petro Poroschenko und Premier Arsenij Jazenjuk, Reformen in der Ukraine voranzutreiben.

Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande wollen sich an diesem Mittwoch in Minsk mit dem ukrainischen Staatschef Poroschenko und Kremlchef Wladimir Putin treffen, um Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges in der Ukraine auszuloten. Das Treffen ist jedoch noch nicht sicher. Putin werde keinen Druck akzeptieren, ließ der Kreml wissen. „Niemand hat je mit dem Präsidenten im Ton eines Ultimatums geredet oder kann mit ihm so reden, selbst wenn er das möchte“, sagte Kremlsprecher Dmitrij Peskow im russischen Radio. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erklärte, „allen ist natürlich klar, wenn die aktuellen Bemühungen keinen Erfolg haben, dann wird der Konflikt militärisch eskalieren“. Und dann werde „sicherlich auch hier in Europa die Frage von Waffenlieferungen diskutiert werden“.

Die EU-Außenminister beschlossen am Montag neue Sanktionen gegen Russland, ließen sich aber für den Fall erfolgreicher Ukraine-Verhandlungen eine Hintertür öffnen. Sie verabschiedeten Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen 19 Personen. Um die geplanten Verhandlungen in Minsk nicht zu belasten, treten die Sanktionen erst kommenden Montag in Kraft. Bei einem Erfolg in Minsk könnten sie noch gestoppt werden. > Seiten 3, 4 und 8

und unterstützt die Separatisten bei weiteren Geländegewinnen“, sagte er. „Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass Grenzen neu gezogen werden mithilfe von Gewalt.“ Man müsse Moskau klarmachen, „dass es einen hohen Preis zu zahlen hat“. Obama ermahnte zugleich die ukrainische Führung um Präsident Petro Poroschenko und Premier Arsenij Jazenjuk, Reformen in der Ukraine voranzutreiben.

Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande wollen sich an diesem Mittwoch in Minsk mit dem ukrainischen Staatschef Poroschenko und Kremlchef Wladimir Putin treffen, um Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges in der Ukraine auszuloten. Das Treffen ist jedoch noch nicht sicher. Putin werde keinen Druck akzeptieren, ließ der Kreml wissen. „Niemand hat je mit dem Präsidenten im Ton eines Ultimatums geredet oder kann mit ihm so reden, selbst wenn er das möchte“, sagte Kremlsprecher Dmitrij Peskow im russischen Radio. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erklärte, „allen ist natürlich klar, wenn die aktuellen Bemühungen keinen Erfolg haben, dann wird der Konflikt militärisch eskalieren“. Und dann werde „sicherlich auch hier in Europa die Frage von Waffenlieferungen diskutiert werden“.

Die EU-Außenminister beschlossen am Montag neue Sanktionen gegen Russland, ließen sich aber für den Fall erfolgreicher Ukraine-Verhandlungen eine Hintertür öffnen. Sie verabschiedeten Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen 19 Personen. Um die geplanten Verhandlungen in Minsk nicht zu belasten, treten die Sanktionen erst kommenden Montag in Kraft. Bei einem Erfolg in Minsk könnten sie noch gestoppt werden. > Seiten 3, 4 und 8

Entwertet

Bahn schützt Ticketautomaten mit Farbpatronen vor Kriminellen

kommen. Allein im vergangenen Jahr wurden bundesweit 370 Ticketautomaten aufgedrückt. Zu viele, findet die Bahn und beschloss deshalb zurückzuschlagen, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: mit explodierenden Farbpatronen. An diesem Dienstag stellt sie das neue Sicherheitskonzept in Berlin vor.

Demnach soll etwa jeder zweite der 7000 Fahrkartensysteme in den kommenden Jahren mit Farbpatronen ausgerüstet werden, ungefähr tausend Geräte noch in diesem Jahr. Die Bahn will den Tätern das Geschäft vermiesen, und zwar so: Wird die Geldkassette im Automaten angestoßen oder geschüttelt, „platzt eine Farbpatrone und spritzt mit hohem

Druck eine nicht ablösbare Farbe auf die Geldscheine“, sagt Gerd Neubeck, Sicherheitschef der Bahn, der Süddeutschen Zeitung. „Das Geld ist wertlos, der Aufbruch damit sinnlos.“ Das Verfahren hat der Staatskonzern seit Anfang 2013 an wenigen Standorten bereits ausprobiert.

Zwar ist das Geld nach der Explosion der Farbpatrone auch für die Bahn selber wertlos, doch liegt der Schaden des Unternehmens bei diesen Taten ohnehin weniger in dem Diebstahl als in der Zerstörung der Automaten. Ein solches Gerät samt seinen Zuleitungen zu ersetzen und aufzubauen, kostet etwa 30 000 Euro – während sich im Automaten in der Regel nur ein winziger Bruchteil dieses Betrags an Bargeld befindet. Das liegt daran, dass die Geräte regelmäßig geleert werden und immer mehr Kunden ihre Tickets lieber mit Karte als bar bezahlen. Hingegen hat der massenhafte Aufbruch von Automaten bei der Bahn im vorigen Jahr einen Schaden von 6,7 Millionen Euro verursacht.

Die Täter gehen dabei sehr unterschiedlich vor. Während manche Gas einleiten und den Automaten sprengen, setzen andere die Brechstange oder eine Bohrmaschine an. Oder sie fahren mit einem unauffälligen weißen Werkstattwagen direkt an das Gerät, um Wartungsarbeiten vorzutauschen. Wer erwischt wird, dem drohen harte Strafen. Den Kopf der Viererbande etwa, einen 35 Jahre alten vorbestraften Schweißer und Metallbauer, verurteilte das Bonner Landgericht im vergangenen Jahr wegen schweren Bandendiebstahls zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis. DANIELA KUHR

Swiss-Leaks: Viele Deutsche unter Verdacht

Mehr als 2100 Bankkunden aus der Bundesrepublik ließen Geld von der HSBC verwalten. Hunderten drohen Strafverfahren

München – In der Affäre um die gestohlenen Kundendaten der HSBC Schweiz rücken die deutschen Kunden in den Fokus. In den internen Dokumenten finden sich 2106 Personen mit Bezug zu Deutschland. Circa ein Drittel von ihnen nutzte anonymisierte Nummernkonten, mehr als 200 Kunden besaßen Tarnfirmen. Laut den HSBC-Dokumenten wurden von deutschen Kunden etwa 3,3 Milliarden Euro angelegt. Das durchschnittliche Vermögen pro Person lag damit bei mehr als 1,5 Millionen Euro.

Für viele dieser Kunden könnte das Datenleck gravierende Folgen haben. Von der Existenz fast 1000 zusätzlicher deutscher Namen erfahren die Steuerfahnder erst jetzt. Nach Erkenntnissen von SZ, NDR und WDR lagen den deutschen Behörden bisher lediglich 1136 Namen vor – also nur

rund die Hälfte der mehr als 2100 deutschen Namen. Französische Steuerermittler hatten ihren deutschen Kollegen bereits im Oktober 2010 eine vorsortierte Liste mit 1136 Namen von mutmaßlich deutschen Kontoinhabern übermittelt. Zuvor hatte Whistleblower Hervé Falciani, Ex-Computerfachmann der HSBC in Genf, Tausende Kundendaten entwendet und den französischen Behörden übergeben.

Durch die Recherchen von mehr als 140 Journalisten aus 45 Ländern, geleitet vom Internationalen Konsortium für Investigative Journalism (ICIJ), wurde bekannt, in welchem Ausmaß die HSBC Schweiz ihre Kunden bei der Verschleierung von Geldern unterstützt hatte. Außerdem sollen die Banker Geschäfte mit mutmaßlichen Waffenschleibern, Blutdiamantenhänd-

lern und der al-Qaida nahestehenden Personen gemacht haben. Sprecher der Bank räumte ein, dass es bei der HSBC „Verhaltens- und Kontrolldefizite“ gegeben habe, dafür übernehme man die Verantwortung.

Die Enthüllungen haben die weltweite Diskussion um die Rolle von Banken neu angeheizt. Politiker aus aller Welt fordern ein Ende fragwürdiger Bankgeschäfte.

Die Spur nach Deutschland
Rotlichtkönige und Hochadel: Für wen die HSBC Konten führte > Seite 6
Darf's eine Briefkastenfirma sein? Wie die Bank deutschen Kunden half > Seite 7

Aus der britischen Regierung etwa hieß es, „die Ära des Bankgeheimnisses ist vorbei“. Ein belgischer Untersuchungsrichter, der seit November 2014 gegen die Schweizer HSBC-Tochter wegen Steuerbetrugs und Geldwäsche ermittelt, drohte am Montag mit einem internationalen Haftbefehl gegen führende Manager der Gesellschaft.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) forderte auch in Deutschland Ermittlungen gegen die Bank, wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Gabriel sprach von „bandenmäßiger Steuerhinterziehung in erheblichem Umfang“. Die gestohlenen Bankdaten liegen Behörden in mindestens zwölf Ländern vor, mehr als eine Milliarde Euro an Steuern und Strafen konnte zurückgeholt werden. CHRISTOPH GIESEN, BASTIAN OBERMAYER

SZFERNSEHEN

TV-Programm vom 10. bis 16. Februar 2015

Tsipras' Plan stößt auf Skepsis

Schäuble: Habe nicht verstanden, wie Athen das stemmen will

München – Im griechischen Schuldendrama sind die Fronten verhärtet. Mit Blick auf die Regierungserklärung des griechischen Premiers Alexis Tsipras sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Montag: „Ich habe nicht verstanden, wie die griechische Regierung das stemmen will.“ Auch Kanzlerin Angela Merkel sagte in Washington, sie erwarte, „dass Griechenland mit einem belastbaren Vorschlag kommt“. Tsipras hatte den bisherigen Kurs für gescheitert erklärt und versichert, dass Athen keine Verlängerung des am 28. Februar auslaufenden EU-Hilfsprogramms wegen der damit verbundenen Sparauflagen will. Er forderte stattdessen Überbrückungshilfen, um Zeit für eine Neuverhandlung im Schuldenstreit zu gewinnen. Großbritannien trifft bereits Vorbereitungen für einen möglichen Euro-Austritt Athens. Tsipras zeigte sich dagegen zuversichtlich, eine Vereinbarung mit der EU zu erzielen. An diesem Mittwoch befasste sich die Euro-Gruppe mit dem Thema. csc > Seite 4, Wirtschaft

Konzertsaal: Neubau bleibt eine Option

München – Die bayerische Staatsregierung behält sich einen Ausstieg aus dem gemeinsamen Philharmonie-Projekt mit der Stadt München vor. Sollte der Umbau des bestehenden Konzertsaals und dessen Doppelnutzung durch Münchner Philharmoniker und BR-Symphonieorchester nicht möglich sein, „bleibt der Neubau eines Konzertsaals im westlichen Finanzgarten als alternative Option bestehen“, heißt es in einer Kabinettsvorlage von Kunstmন্ত্রী Ludwig Spaenle (CSU). Vergangene Woche hatte Ministerpräsident Horst Seehofer den Verzicht auf einen solchen zusätzlichen Saal zugunsten eines Projektes mit der Stadt verkündet und damit heftigen Protest von Künstlern und Klassikfreunden ausgelöst. Den Bau eines neuen Saals hatte er 2013 in einer Regierungserklärung versprochen. sz > München

Deutschland exportiert so viel wie noch nie

München – Deutsche Unternehmen haben im vergangenen Jahr so viele Produkte wie noch nie ins Ausland geliefert. Zuwächse im Handel mit den USA, Großbritannien oder Polen haben Einbrüche im Russland-Geschäft mehr als wettgemacht. Für das laufende Jahr wird nun mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Ausfuhren und einem abermaligen Rekord gerechnet. Der schwache Euro und der niedrige Ölpreis wirken dabei wie ein zusätzliches Konjunkturprogramm für die deutschen Exporteure. sz > Seite 2

Mindestens 19 Tote nach Krawallen in Kairo

Kairo – Nach schweren Ausschreitungen bei einem Fußballspiel in Kairo hat der ägyptische Fußballverband alle Spiele auf unbestimmte Zeit abgesagt. Am Sonntagabend waren Ultras eines Kairoer Klubs, die sich offenbar gewaltsam Zutritt zu einem Stadion verschaffen wollten, mit Sicherheitskräften aneinandergeraten. Dabei starben nach offiziellen Angaben mindestens 19 Menschen. sz > Sport

DAS WETTER

8° / -8°

Meist stark bewölkt, zum Teil auch neblig-trüb. Örtlich Sprühhregen, in den höheren Lagen und im Süden auch Schnee. Am eshten zeigt sich die Sonne noch an der Ostsee, im Südwesten und an den Alpen. Null bis acht Grad. > Seite 15 und Lokales

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app



Hintergrund

VON G. MASCOLO, F. OBERMAIER
UND T. SCHULTZ

Als bosnische Spezialeinheiten im Jahr 2002 die Büros einer geheimnisvollen Stiftung in Sarajevo stürmten, fanden sie außer Waffen und Sprengstoff eine Festplatte mit brennendem Inhalt. Ein Dateiordner hieß in arabischer Sprache: „Osamas Geschichte“. Er enthielt diverse, zum Teil eingescannte Schriftstücke, von denen einige die Handschrift von Osama bin Laden trugen. Unter den Dateien befand sich eine Liste mit 20 Namen, die Ermittler und Geheimdienste elektrisierte. Ein übergelaufener Al-Qaida-Mann bezeugte später, es handle sich um die Topfinanziers der Terrororganisation. Die „Golden Chain“ – so soll Osama bin Laden diesen Kreis von Leuten selbst genannt haben: die „Goldene Kette“.

Die Swiss-Leaks-Dokumente aus dem Fundus des Whistleblowers Hervé Falciani, die Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR einsehen konnten, zeigen nun: Mehrere dieser Männer aus Saudi-Arabien waren offenbar Kunden der HSBC Private Bank in der Schweiz. Lange Zeit war die HSBC, eine der aktivsten globalen Banken in Saudi-Arabien, heißt es in einem Report des US-Senats aus dem Jahr 2012. In Amerika musste sich die HSBC deshalb immer wieder rechtfertigen. Kritiker warfen ihr vor, Kunden zu wenig zu kontrollieren und zu lasch gegen Geldwäsche und Terrorverdächtige vorzugehen. Die Bank gelobte Besserung. Folgt den Taten? Das Risiko, mit Hintermännern des Terrors Geschäfte zu machen, bestand jedenfalls auch in den folgenden Jahren.

Einer protegierte Bin Laden, ein anderer gründete eine dubiose Stiftung

Es ist eine illustre Runde, die in den Schweizer Kundendaten auftaucht: ein saudischer Prinz, der den Al-Qaida-Chef einst protegierte. Ein anderer Prinz, dessen Frau Geld an einen der Attentäter des 11. September 2001 schickte. Zudem der ehemalige Gründer und Schatzmeister einer mutmaßlichen Al-Qaida-Tarnorganisation. Und ein Mann, dessen Fabrik vom US-Militär bombardiert worden ist, weil dort angeblich Chemiewaffen hergestellt worden sein sollen.

Als die Fahnder in Bosnien die Liste mutmaßlicher Al-Qaida-Geldgeber fanden, waren die Terroranschläge in New York und Washington erst ein halbes Jahr her. US-Jets hatten bereits Afghanistan bombardiert, die Taliban flohen aus den Städten. Die US-Regierung blies nun auch zur Jagd auf die Hintermänner, auf die Finanziers. Dabei stießen sie auf undurchsichtige Netzwerke reicher Saudis, auf Briefkastenfirmen und islamische Stiftungen.

Womit man wieder bei den 20 Namen auf der Golden-Chain-Liste wäre. „Diese Leute haben al-Qaida finanziert und damit die Grundlage für diese Terrororganisation gelegt“, sagt der ehemalige CIA-Agent Michael Scheuer. Der Bericht der sogenannten 9/11-Kommission, die in den USA zu den Terroranschlägen eingesetzt wurde, beruft sich ebenfalls auf die Liste. Die Rede ist von einem „finanziellen Unterstützernetz“ Osama bin Ladens, geknüpft aus Geldgebern in Saudi-Arabien und den Golfstaaten.

Die Presse berichtete erstmals 2003 über die Liste. Es wäre der Moment gewesen, in dem die Compliance-Abteilung der HSBC-Bank hätte hellhörig werden müssen – jene Abteilung, die eine Art Frühwarnsystem sein soll, um die Bank vor dubiosen Kunden zu schützen. Was auch immer die Bank intern diskutiert hat, die Geschäftsbeziehungen zu Saudis, die im Verdacht der Terrorfinanzierung standen, liefen offenbar weiter. Die Namen mehrerer Männer, die zu Bin Ladens „Goldener Kette“ gehört haben sollen, tauchen noch Jahre später in den Kundenunterlagen der Schweizer Bank auf, etwa der jenes saudischen Unternehmers, der demnach erst 2004 ein Konto eröffnete. Allein in den Jahren 2006/07 ist bei Firmen, die mit seinem Kundenprofil verknüpft sind, von Geldbewegungen in Höhe von 44 Millionen Dollar die Rede. Auf eine Anfrage der SZ antwortete er nicht.

Und dann ist da noch Ibrahim A., einstiges Vorstandsmitglied der „International Islamic Relief Organization“, einer Organisation, die laut dem US-Finanzministerium ebenfalls al-Qaida nahestehen soll.

Schmutzige Kette

Zu den Kunden der Schweizer HSBC-Bank gehörten auch reiche Geschäftsleute aus Saudi-Arabien. Einige stehen im Verdacht, Osama bin Laden und die Al-Qaida-Terroristen unterstützt zu haben



ILLUSTRATION: STEFAN DIMITROV

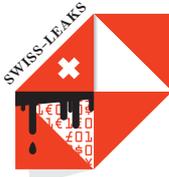
Ibrahim A. hatte nach Angaben amerikanischer Medien angeblich auch Sana Bell mitgegründet, eine Organisation, die ebenfalls unter Terrorfinanzverdacht stand. Dies hinderte die HSBC offenbar nicht daran, mit ihm Geschäfte zu machen. Sein Kundenprofil wurde den Swiss-Leaks-Dokumenten zufolge 2002 angelegt, im selben Jahr, in dem die Golden-Chain-Liste gefunden wurde. Für eine Anfrage der SZ war A. bis Dienstag nicht zu erreichen.

Dass Kunden der HSBC auf der Liste mutmaßlicher Al-Qaida-Finanziers standen, soll laut dem Bericht der US-Senatskommission den Verantwortlichen der Bank schon bald nach der Razzia in Bosnien bekannt gewesen sein. Eine heikle Situation. Was sollte die Bank nun tun? Noch war das nur der bloße Verdacht. Andererseits: Es gab schon eine Art Handreichung für solche Fälle, sogar eine, die von der HSBC mitentwickelt worden war. Sie hieß: Kenne deine Kunden.

Nach der Jahrtausendwende hatten sich in der Schweizer Ortschaft Wolfsberg Vertreter großer internationaler Banken getroffen, um gemeinsam über Richtlinien gegen Geldwäsche zu beraten. In Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September veröffentlichte die „Wolfsberg-Gruppe“ eine Erklärung. Darin verpflichteten sich die Banken, gegen die Finanziers des Terrors vorzugehen. Mit dabei: die HSBC. Eines der Prinzipien, das die Banken vertraten, lautete: „Know your customer“. Aber wie gut kannte die HSBC ihre Kunden?

Banken sind angehalten einzuschreiben, wenn ihre Kunden auf einer offiziellen Sanktionsliste stehen, wie sie unter ander-

em von den UN geführt wird. Dort tauchen die reichen Saudis der „Goldenen Kette“ allerdings nicht auf. Deren Anwälte wetteifern darauf hin, dass nicht bekannt sei, wer die „Golden-Chain“-Liste überhaupt geschrieben habe, wann und zu welchem Zweck. Zudem sei gar nicht erwiesen, dass tatsächlich ihre Mandanten gemeint gewesen seien. In mehreren Gerichtsentscheidungen ist diese Sichtweise bestätigt worden. Es ist nicht leicht, Beweise beizubringen, die den – zu Recht hohen – Standards vor Gericht standhalten.



Die Banken der „Wolfsberg-Gruppe“ haben zudem erklärt, sie wollten den Kampf gegen den Terror so führen, dass er niemanden diskriminiert. Bedeutet das im Zweifel, dass alle die Geschäfte lieber laufen lässt?

Da ist zum Beispiel dieser unglaublich reiche saudische Geschäftsmann, der offenbar früher, wie auch die Anwälte seiner Familie dem britischen Guardian mitteilten, ein Konto bei der HSBC hatte. Wusste

die Bank, dass er Investor und zeitweise Direktor einer Großbank war, die später wegen Geldwäsche für Terroristen und Waffendealer Schlagzeilen machte? Dass er Bin Laden und dessen Mudschaheddin schon im Kampf gegen die Sowjets finanziell unterstützt hatte, konnte die Bank freilich nicht wissen. Das gab er erst später zu, wobei er betonte, dass das Geld für die „afghanische Widerstandsbewegung“ bestimmt gewesen sei. Al-Qaida hingegen habe er niemals Spenden zukommen lassen – jedenfalls nicht „wissentlich“.

Was die Bank hätte wissen können: dass eine Betrugsanklage eines US-Gerichts gegen diesen Geschäftsmann erst fallen gelassen wurde, nachdem er eingewilligt hatte, mehr als 200 Millionen Dollar zu zahlen. Das war schon in den Neunzigerjahren in den Zeitungen zu lesen. Dennoch taucht er ausweislich der Falciani-Dokumente noch im Jahr 2000 in den Unterlagen der HSBC auf, und das ausgerechnet in Verbindung mit dem früheren Eigentümer jener Fabrik in Afrika, die für al-Qaida Chemiewaffen hergestellt haben soll – und deswegen in den USA bombardiert wurde. Diese Vorwürfe sind allerdings nie bewiesen worden, und der Besitzer bestreitet bis heute, dass seine Firma etwas mit al-Qaida zu tun habe. Und er teilt auch mit, dass er bei HSBC in der Schweiz nie ein Konto gehabt habe.

Trotz solcher Dementis ist auffällig, wie viele arabische Geschäftsleute, denen Sicherheitsbehörden eine Nähe zu al-Qaida unterstellen, Kunden der HSBC in der Schweiz waren – und möglicherweise noch heute sind. Für diskrete Geschäfte scheint

Bayern Seite 6, München Seite 6

das eine gute Adresse gewesen zu sein. So hatte ausweislich der Falciani-Dokumente auch der saudische Bauunternehmer Mazin B. von 1997 an ein Konto bei der Bank. Er war bekannt und berüchtigt als Gründer und Schatzmeister der „Benevolence International Foundation“, einer Stiftung, die 2002 vom UN-Sicherheitsrat wegen Terrorfinanzierung auf eine Sanktionsliste gesetzt wurde. Die verdächtige Organisation soll Geld an Osama bin Laden und an islamistische Kämpfer in Tschetschenien und Bosnien weitergeleitet haben. Mazin B. reagierte bis Dienstag nicht auf eine Anfrage der SZ.

Man würde von den Verantwortlichen der HSBC gerne mehr über die Kontakte zu ihm und den übrigen fragwürdigen Geschäftsleuten erfahren. Doch die Bank äußert sich nicht zu den einzelnen Kunden und antwortet auf einen detaillierten Fragenkatalog nur mit einer allgemeinen Erklärung. Demnach habe sich die HSBC weltweit und speziell in der Schweiz einer „radikalen Transformation“ unterzogen und sich von problematischen Kunden getrennt. In der Vergangenheit seien die Prüfstandards und „die Compliance-Kultur“ bei der Schweizer HSBC „deutlich niedriger als heute“ gewesen.

Deutlichere Worte fand 2012 eine Kommission des US-Senats mit Blick auf den amerikanischen Zweig der britischen Großbank. In ihrem Bericht kam sie zu dem Schluss, dass die HSBC es Terroristen und Drogenhändlern durch zu laxen Regeln und unzureichende Schutzvorkehrungen zu leicht gemacht habe, Geld über die Bank abzuwickeln.

„Wir versuchen nicht mehr, überall zu sein“, beteuert ein HSBC-Mitarbeiter

Ein ganzes Kapitel des 334-Seiten-Reports befasst sich mit der saudischen Al-Rajhi-Bank. Der Name „Al-Rajhi“ taucht auch an mehreren Stellen in den Swiss-Leaks-Unterlagen auf. In einem vertraulichen CIA-Bericht aus dem Jahr 2003, auf den sich später das Wall Street Journal und der amerikanische Senatsreport bezogen, hieß es, Mitglieder der Al-Rajhi-Familie hätten islamistische Extremisten unterstützt und vermutlich gewusst, dass Al-Qaida-Terroristen ihre Bank nutzten.

Auf Anfrage des International Consortium of Investigative Journalists (ICJI) teilt die Al-Rajhi-Bank mit, sie verurteile Terrorismus. Die Kritik durch den US-Report sei unfair und unzutreffend. Zudem sei nicht klar, welcher Al Rajhi auf der Golden-Chain-Liste gemeint sei. Die Bank beruft sich auf Gerichtsentscheidungen, nach denen diese Liste keine Beweiskraft habe. Es sei nicht klar, ob darauf tatsächlich Geldgeber stünden oder nur Leute, die um Spenden ersucht werden sollten.

Die HSBC in den USA entschied 2005, die Geschäfte mit der Al-Rajhi-Bank zu beenden. Knapp zwei Jahre später nahm man sie nach internen Auseinandersetzungen wieder auf und führte sie bis 2010 fort. Nach Darstellung des Berichts vom US-Senat wurde die Al-Rajhi-Bank als besonders riskanter Kunde eingestuft.

Der Experte Stuart Levey, der im US-Finanzministerium jahrelang für den Kampf gegen Terrorfinanziers zuständig war, sagte 2007: „Könnte ich mit einem Fingerschnippen die Terrorfinanzierung aus einem Land stoppen, dann wäre das Saudi-Arabien.“ Ein Jahr später bekräftigte Levey vor einer Kommission des US-Senats: Aus keinem Land bekämen sunnitische Terroristen so viel Geld wie aus Saudi-Arabien.

Mittlerweile hat Levey einen neuen Arbeitgeber: die HSBC. Dort ist er Chef der Rechtsabteilung. Auch in dieser Funktion musste er vor einer Kommission des US-Senats aussagen – und nun die HSBC im Jahr 2012 gegen den Vorwurf verteidigen, zu lasche Kontrollen zu haben. Er gestand Defizite der Bank ein und beteuerte: „Wir haben daraus gelernt und unternehmen Schritte, uns zu ändern.“ Und: „Wir versuchen nicht mehr, überall zu sein und sämtliche Leistungen allen Kunden anzubieten.“

Im Januar dieses Jahres übergab ein unabhängiger Gutachter dem US-Justizministerium einen neuen Report. Es ist eine Art Bestandsaufnahme, was sich bei HSBC getan hat, ob auf die Worte Taten folgten. Im April sollen Erkenntnisse daraus veröffentlicht werden. Schon jetzt sickerte durch: Die HSBC muss sich offenbar erneut vorhalten lassen, zu wenig über ihre Kunden zu wissen.

Swiss-Leaks Das Milliardengeschäft mit Waffen und Diamanten auf geheimen Konten der HSBC



Tödliche Deals

Zu den Kunden der HSBC Schweiz gehörten skrupellose Menschen, die an Bürgerkriegen verdienten. Das Geldhaus kümmerte sich auch noch um ihre Millionen, als die Waffengeschäfte öffentlich wurden

VON W. FITZGIBBON, R. GAST, M. HAMILTON UND T. SCHULTZ

Zwei Wochen lang blutet Monrovia. Die dritte Offensive der Lurd-Rebellen ist die schrecklichste des Bürgerkriegs, Häuserblock für Häuserblock drängen die Truppen in die Hauptstadt Liberias vor. Sie wollen Charles Taylor stürzen, Kleptokrat und Kriegsverbrecher. Scharen von Zivilisten fliehen vor den Kämpfen, sie suchen Schutz in Schulen, Kirchen oder unter hastig aufgespannten Plastikplanen. So kauern sie dort, wo bald darauf Mörsergranaten einschlagen, schlecht gezielt und trotzdem tödlich.



Dutzende Zivilisten sterben in diesen Tagen im Juli 2003, schätzten die Menschenrechtsaktivisten von Human Rights Watch. Tausende werden verletzt. Augenzeugen berichten von Kindersoldaten, die nagelneue Gewehre in die Schlacht führen. Es sind Waffen, die eigentlich nicht nach Liberia hätten gelangen dürfen. Seit Jahren war ein Embargo der Vereinten Nationen in Kraft. Allerdings wurde es von findigen Waffenhändlern geschickt umgangen. Sie hatten Kontakte in die Ukraine und vermutlich nach Iran – und offensichtlich ein Konto bei der HSBC Schweiz.

Wie aus den Daten der Swiss-Leaks und den Recherchen des Internationalen Konsortiums für Investigativen Journalismus (ICIJ) hervorgeht, parkten mehrere mutmaßliche Waffenhändler und Schlüsselfi-

guren großer Korruptionsskandale Geld bei der Genfer HSBC. Nachdem die Machenschaften ihrer dubiosen Kunden publik wurden, dauerte es mitunter Jahre, bis die Bank diese Konten sperrte.

So war es im Fall des Unternehmens Katex Mines Guinee, das im Jahr 2000 ein Konto bei der HSBC eröffnete. Die Firma hat ihren Sitz in Guinea, dem großen Nachbarn Liberias, der damals im Verdacht steht, die Lurd-Rebellen zu unterstützen. Ende 2003 erhebt ein Komitee des UN-Sicherheitsrats schwere Vorwürfe gegen Katex: Das Unternehmen habe Waffen an die Lurd-Rebellen in Liberia geliefert. Und auch der Direktor von Katex, ein in Syrien geborener Mann namens Ahmad H., rückt ins Visier von Fahndern: 2004 laufen in Monaco Ermittlungen gegen ihn an, wegen des Verdachts auf Geldwäsche.

Im selben Jahr wird sein Konto bei der HSBC geschlossen. Italienische Ermittlungsunterlagen zeigen allerdings, dass die Bank weiter mit H. in Kontakt stand. Unter anderem war er Ansprechpartner, wenn es um das millionenschwere HSBC-Konto von Katex Mines Guinee ging. Dieses blieb den Swiss-Leaks-Unterlagen zufolge bis 2006 bestehen.

Zu konkreten Kundenbeziehungen will sich die HSBC nicht äußern. Auf einen detaillierten Fragenkatalog antwortete die Bank mit einem allgemeinen Statement.

„Wir räumen ein, dass es in der Vergangenheit Kontroll- und Verhaltensdefizite gab und übernehmen dafür die Verantwortung.“ Durch die Übernahme einer anderen Privatbank im Jahr 1999 seien „Hochrisiko-Klienten“ in den Kundenstamm der HSBC gelangt. Heute sei ein anderes Management zuständig und man führe deutlich strengere Kontrollen durch. Auch habe man den Kundenstamm stark verkleinert.

Für die auf Vermögensverwaltung spezialisierte Schweizer Bank dürften Waffenhändler lukrative Kunden gewesen sein. In den Jahren 2006 und 2007 lagen auf den Konten, die mutmaßlichen Waffenhändlern zugeschrieben werden, insgesamt mehr als 56 Millionen Dollar. Dabei galt die HSBC eigentlich als Geldinstitut, das im Vergleich mit anderen Banken eine strenge

Waffenrichtlinie hatte. Bereits im Jahr 2000 bekannte sich die HSBC dazu, „fortschreitend davon Abstand zu nehmen, die Herstellung und den Verkauf von Waffen zu finanzieren“.

Das hielt die Bank aber nicht davon ab, auch nach dem Jahr 2000 dubiose Gestalten zu ihren Kunden zu zählen. Da ist etwa das Konto einer Zigarettenfabrikbesitzerin in der Demokratischen Republik Kongo, die bereits 2001 von der UN verdächtigt wurde, Waffen an Hutu-Rebellen in Burundi geliefert zu haben. Den Unterlagen zufolge bestand das HSBC-Konto der Frau bis mindestens 2006.

Auch die Schlüsselfiguren mehrerer großer Korruptionsskandale waren Kunde bei der HSBC. Zum Beispiel ein südafrikanischer Politikberater, der im Rahmen eines Rüstungsdeals zwischen Südafrika und dem britischen Rüstungsgiganten BAE Systems Millionen Dollar Bestechungsgeld erhalten haben soll. Auch ein tansanischer Lobbyist war Kunde. Er soll 2005 Schmiergeld dafür genommen haben, dass er Tansania zum Kauf eines überbewerteten Radarsystems von BAE Systems riet.

Angewidert lieferte die Firma nur Waschmittel. Am Flughafen wurde es in Militärlastwagen verladen

Waffenhandel ist eine schmutzige Branche. Die Industrie versteckt ihre verbotenen Deals hinter legalen Geschäften, erklärt Kathi Austin, die bei der Nichtregierungsorganisation Conflict Awareness Projects arbeitet. Waffenhandel funktioniert, so der Rüstungskritiker Andrew Feinstein, nur durch das geheime Einverständnis von Regierungschefs, Geheimdiensten, der Industrie – und von Banken.

Wie heikel diese Verflechtung sein kann, zeigt Katex Mines Guinee. Geschäftsführer Ahmad H. konnte auch dann noch auf die Kooperation seiner Schweizer Bank zählen, als die Welt längst die Verstrickung von Katex in den liberianischen Bürgerkrieg kannte. Das vermeintliche Bergbauunternehmen gibt sich bedeckt. In Guinea betreibt es offenbar keine einzige Mine. Ka-

tex reagierte nicht auf Anfragen des ICIJ mit der Bitte um Stellungnahme. Schon den Mitgliedern des UN-Panels war es 2003 nicht gelungen, einen Repräsentanten des Unternehmens zu treffen, trotz mehrerer Besuche im Firmenbüro.

Die UN-Ermittler gingen davon aus, dass Katex, ihr Geschäftsführer H. und die Regierung Guineas in den liberianischen Bürgerkrieg verstrickt waren. Sie sollen unter anderem vor der dritten Offensive auf Monrovia die Lurd-Rebellen mit Waffen versorgt haben. Die Regierung Guineas bestritt das damals – und beteuerte, Katex importiere nur Industrie- und Agrarmaschinen aus der Ukraine. Auf den Liefererscheinungen waren aber immer wieder Tausende Kilogramm Waschpulver aufgeführt.

Das angebliche Waschpulver wurde in grünen Holzkisten transportiert und am Flughafen in Militärlastwagen verladen. Die UN-Experten glauben, dass es sich dabei sehr wahrscheinlich um Waffen gehandelt hat. Und zwar um Waffen, die möglicherweise aus Iran stammen, wo die Flugzeuge von Katex bei Flügen aus der Ukraine immer wieder zwischengelandet waren. Laut Human Rights Watch gibt es auch einen an Katex adressierten Lieferschein, der Mörsergranaten auflistet – wie jene, die in Monrovia zum Einsatz kamen. Ob sie dort wirklich landeten, ist aber unklar.

Sicher ist, dass Geld aus Guinea auf ein Katex-Konto bei der HSBC floss: Italienischen Ermittlungsakten zufolge überwies ein Ministerium des westafrikanischen Staats 2002 etwa 35 Millionen Dollar nach Genf, angeblich für einen großen Bauauftrag. Die italienische Justiz interessierte sich in der 1850 Seiten dicken Akte allerdings weniger für Westafrika, als für Geschäfte, die Ahmad H. in Europa gemacht hat. 2013 wurde der Katex-Geschäftsführer wegen Insolvenz Betrugs zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wogegen er allerdings in Berufung gegangen ist. Über seinen Anwalt lässt H. mitteilen, er wolle „alte Angelegenheiten“ nicht kommentieren. Wo H. sich heute aufhält, ist unklar. Die italienische Zeitung *La Repubblica* meldete 2013, er sei in die Ukraine ausge-reist.

Steinreich dank Blutdiamanten

Geschäfte mit Edelsteinhändlern setzen die Bank unter Druck

München – Es ist nur eine kurze Notiz, die ein Bankberater der HSBC in Genf angefertigt hat. Doch schon diese wenigen Worte geben Einblick in ein System der Schande: „Der Kunde ist gerade sehr vorsichtig, er steht unter Druck der belgischen Steuerbehörden, die derzeit wegen Steuerbetrugs mit Diamanten ermittelt“, heißt es im Vermerk aus dem September 2005. Man habe ihm daher ein Firmenkonto in Dubai eröffnet. Der Kunde der Schweizer Bank heißt Emmanuel Shallop, ein libanesisch-belgischer Diamantenhändler aus Antwerpen. Zeitweise lagen auf seinem Konto knapp drei Millionen Dollar.

Shallop ist einer von beinahe 2000 Edelsteinhändlern, die sich im Swiss-Leaks-Datensatz finden lassen, die also Kunden der HSBC waren. Etliche von ihnen sind ins Ziel gerichtet, weil sie Geld gewaschen und Steuern hinterzogen haben. Sie sind reich geworden am Elend in Afrika. Die Bank räumt ein, dass sie in der Vergangenheit Fehler gemacht habe. Spätestens seit 2009 halte sie alle Standards ein.

Früher aber waren Männer wie Moses König Kunden. Der ehemalige Diamantenhändler hatte mutmaßlich über hundert Millionen Dollar in der Schweiz verborgen, heute steht er auf der Interpol-Fahndungsliste. Oder die drei Geschäftsführer von Omega Diamonds, einer der größten Diamantenfirmen. 2006 packte ein Mitarbeiter ein und gestand, dass Omega Steuern hinterzogen und Geld gewaschen habe, das aus Waffenlieferungen stammt. Die belgischen Behörden beschlagnahmten damals Diamanten im Wert von 125 Millionen Dollar. 2013 zahlte das Unternehmen 195 Millionen Dollar als Strafe. Alle drei der damaligen Omega-Geschäftsführer tauchen in den HSBC-Akten auf, sie sind an mehreren Firmen beteiligt.

Viele der betroffenen Kaufleute stammen wie Shallop aus Antwerpen. Die größte Stadt Flanderns ist mit Abstand der wichtigste Umschlagplatz für Edelsteine weltweit. Der Diamantenhandel hier ist auch deshalb so verrufen, so könnte man es zuspitzen, weil fast jeder Deal eine Einladung zum Steuerbetrug ist. In der Diamantenindustrie wird häufig in bar be-

zahlt, Verträge werden per Handschlag geschlossen, auf Schriftstücke wird weitgehend verzichtet. „Diamanten sind ein einfacher Weg, um Geld zu waschen, es zu verstecken oder um Steuern zu hinterziehen“, sagt Ian Smillie. Er ist Mitbegründer des Kimberley-Prozesses, einer Initiative zur Ächtung von Blutdiamanten. Jenen Edelsteinen also, die illegal geschürft und veräußert werden, um Waffen zu kaufen. „In vielerlei Hinsicht sind sie sogar besser als Bargeld. Diamanten lassen sich einfacher verbergen, man kann sie problemlos verkaufen, sie werden nicht durch Inflation entwertet“, sagt Smillie.

Ein belgischer Richter droht mit einem Haftbefehl gegen Schweizer Finanzmanager

Der Fall Shallop zeigt, wie die illegalen Deals mit den Diamanten funktionieren. Es sind tödliche Geschäfte, die offenbar jahrelang heimlich über Konten in der Schweiz abgewickelt wurden. Nachzulesen war das bereits 2001 in einem UN-Bericht. Darin wird Shallop vorgeworfen, Geschäfte mit Rebellen in Sierra Leone gemacht zu haben. Zehntausende starben beim Bürgerkrieg in dem westafrikanischen Land. Finanziert wurde der Konflikt mit Blutdiamanten. Trotz der Vorwürfe des UN-Dossiers und der deutlichen Hinweise auf Steuerermittlungen in Belgien fror die HSBC Shallops Vermögen in der Schweiz nicht ein. 2010 verurteilte ihn ein Gericht in Antwerpen wegen des Handels mit Blutdiamanten zu sechs Jahren Haft. Edelsteine und Immobilien im Wert von 59 Millionen Dollar wurden beschlagnahmt. Shallops Anwalt möchte sich zu den Vorwürfen nicht äußern.

Nach den Enthüllungen der vergangenen Tage haben die belgischen Behörden den Druck auf die Schweizer Tochtergesellschaft der HSBC erhöht. Ein Untersuchungsrichter, der seit vergangenen November mit dem Fall befasst ist, droht nun mit einem internationalen Haftbefehl gegen führende Manager der Bank.

RYAN CHITUM, CHRISTOPH GIESEN

PERSONALIEN

Neun Monate frischer Wind

Thomas Kagermeier, 41, Geschäftsführer für Finanzen, IT und Services beim ADAC, wird den Automobilverein nach gerade mal neun Monaten schon wieder verlassen. Das erfährt die *Süddeutsche Zeitung* aus ADAC-Kreisen, ein Sprecher des Clubs bestätigte die Trennung am Mittwoch. Die offizielle Begründung in dieser Bestätigung besteht allerdings lediglich aus den üblichen Floskeln: Man habe „gemeinsam beschlossen“, dass Thomas Kagermeier (Foto: OH) den ADAC verlasse, „um eine neue Herausforderung anzunehmen“.

Die Hintergründe dieses überraschenden Wechsels sind völlig unklar. Aus dem ADAC dringen widersprüchliche Deutungen. Eine Variante ist ein Richtungsstreit über die zukünftige Ausrichtung des ADAC im Zuge der Reform. Eine andere Variante besagt, dass einfach zu verschiedene Kulturen aufeinandergeprallt seien. Auf der einen Seite ist die alteingesessene ADACler, auf der anderen Seite Kagermeier, der erfahrene Berater und ausgewiesene Compliance-Experte, der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG kam.

In jedem Fall ist die Außenwirkung verheerend: Die Personalie Kagermeier war im April 2014 vom ADAC verkündet worden, als sich der Club nach einer Vielzahl von Skandalen gerade in der größten Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



BOB, URIT

Schon wieder verzwirtschaftet

Anthony Noto, 46, oberster Wächter über die Finanzen von Twitter, hat einfach kein glückliches Händchen mit seinem eigenen Profil bei dem Kurznachrichtendienst. Am Dienstag wurden unter seinem Namen mehrere Spam-Nachrichten verschickt. Das geschieht meistens, wenn man auf einen präparierten Link im Netz klickt, während man im Browser bei Twitter eingeloggt ist. Notos Twitter-Account verbreitete danach die verseuchten Links weiter.

Nun ist der Manager zwar nicht der Erste, dem so etwas Dummes passiert. Und man könnte ihm auch zugutehalten, dass er kein Spezialist für technische Feinheiten ist: Der Mann hat einst bei der Investmentbank Goldman Sachs gearbeitet. Und er hat sich später auch an oberster Stelle um die Finanzen bei der National Football League gekümmert. Aber Noto (Foto: REUTERS) ist auch nicht irgendjemand. Er ist der Finanzchef eines börsennotierten Unternehmens. Und für solch einen Spitzenmanager gelten andere Spielregeln als für die meisten der 288 Millionen Menschen, die über Twitter mehr oder weniger gehaltvolle Nachrichten verschicken: Unternehmen dürfen in den USA über ihre offiziellen Accounts inzwischen nämlich auch wichtige Mitteilungen verbreiten, zu denen sie nach den



Regeln für börsennotierte Unternehmen verpflichtet sind.

Mal ganz davon abgesehen, dass die Spam-Nachrichten einige seiner mehr als 13 400 Follower ziemlich genervt haben dürften, ist die Sache natürlich auch peinlich. Zumal es keine drei Monate her ist, dass Noto binnen weniger Tage eindeutig vertrauliche Kurznachrichten öffentlich verschickte. In einer ging es um Übernahmepläne für eine nicht näher genannte Firma. Die immerhin dürften die Investoren interessiert haben. sz

Im Auftrag der Heuschrecken

Harry Wilson, 43, ist ein Geschäftsmann mit vielen Ex-Arbeitgebern: unter anderem Blackstone, Goldman Sachs, Silver Point Capital und US-Präsident Barack Obama. Wenn er sich durchsetzt, kommt bald eine neue Aufgabe hinzu, die er sich selbst ausgesucht hat: Aufsichtsrat bei General Motors. Mit Unterstützung von mehreren Hedgefonds will sich der GM-Aktionär Wilson (Foto: BLOOMBERG) in das Kontrollgremium wählen lassen und auf die Geschäftsentscheidungen von Americas größtem Autohersteller einwirken. Das ist besonders spektakulär, weil Wilson schon einmal Architekt des Wandels bei GM war – im Auftrag von Obama.

Als GM im Jahr 2008 in die Insolvenz gerutscht war, hatte die US-Regierung das Unternehmen mit einer 49,5 Milliarden Dollar schweren Finanzspritze gerettet und eine Gruppe von Beratern und Restrukturierern in das Unternehmen geschickt, darunter Wilson, um Arbeitsplätze zu retten. Nun kämpft Wilson auf der Seite der Investoren. Der Autobauer steckt zwar wegen Technikmängeln und Rückrufe in einer tiefen Krise, trotzdem finden Wilson und seine Hedgefonds-Unterstützer, dass das Unternehmen mehr für seine Aktionäre tun könnte. Genauer gesagt will Wilson erreichen, dass GM Aktien im Wert von acht Milliarden Dollar

zurückkauft. Mit Rückkäufen können Unternehmen die Zahl der Aktien im Umlauf verringern und so deren Wert erhöhen. Das Vermögen des Unternehmens verteilt sich auf weniger Anteile. Aktionäre finden das gut, der Kurs steigt normalerweise. GM-Chefin Mary Barra möchte aber lieber mehr Bargeld-Reserven haben, um abgesichert zu sein für Zusatzkosten durch die Rückrufe und die Unfälle, die mit kaputten GM-Autos passiert sind. Wilson findet das zu konservativ. GM will seine Vorschläge prüfen. kwe



NAHAUFNAHME



„Wertzuwachs sollte
das Ergebnis
guter Arbeit sein.“
Stephen Green

FOTO: OH

Ein Lord schweigt

Swiss-Leaks: Was weiß der frühere Chef der Bank HSBC?

Er war einmal der gute Banker. Einer der wenigen, in der Branche der Gier, der innehielt, der reflektieren konnte und der das System auch einmal hinterfragte: Stephen Green, 66, ist ehemaliger Vorstandsvorsitzender und späterer Aufsichtsratschef der britischen Großbank HSBC.

Green, der in seiner Freizeit als ordinierter Laienprediger der anglikanischen Kirche aktiv ist, inszenierte sich gerne als Kritiker des ungezügelter Finanzkapitalismus: „Ein besseres Risikomanagement, eine bessere Regulierung und klare Verantwortlichkeiten in den Führungsgremien“, forderte er von seinen Kollegen. Oder er tadelte: „Die Maximierung des Shareholder-Value sollte nicht das allein beherrschende Ziel des Managements sein. Wertzuwachs sollte das Ergebnis guter Arbeit sein.“ Zwei Bücher schrieb Green über den Kapitalismus. „Wahre Werte“ und „Serving God? Serving Mammon?“ – beide sind sie kritisch.

Vor der Finanzkrise galt er mit seinen Thesen als Exot in der Londoner Bankenwelt. Ein wenig spießig empfanden ihn viele andere Banker in der City: Keine Exzesse, keine Großmannssucht, kein Master of the Universe, sondern ein tiefgläubiger Christ, der seit 1982 seiner Bank treu geblieben war. Mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brother's vor sechseinhalb Jahren änderte sich Greens Image. Plötzlich saß er ständig auf Podien oder hielt Vorträge. Selbst zum Chef des einflussreichen britischen Bankenverbandes wurde er ernannt. Stephen Green und seine HSBC, hieß es damals oft, das sei ein Modell für die anderen Banken in London oder New York.

Das öffentliche Bild des Stephen Green hat in den vergangenen Tagen jedoch schweren Schaden genommen. Er war es, der die Bank von 2003 bis 2006 als Vor-

standschef leitete. Also just in den Jahren, als bei der Schweizer Tochtergesellschaft der HSBC in Genf Kriminelle ihr Konto eröffnen konnten, Tausende Steuerhinterzieher ihr Geld vorbeitrugen und Waffenschieber oder Blutdiamantenhändler als Kunden gern gesehen waren. Die Bank räumt inzwischen ein, dass sie damals die Kontrolle verloren habe.

In Großbritannien steht nun nicht nur Green selbst in der Kritik, auch Premierminister David Cameron wird von der Opposition angegriffen. Der Grund: Ende 2010 schied Green als Aufsichtsratschef der HSBC aus und wechselte in die Regierung. Als unbezahlter Handelsminister war er bis 2013 im Amt. Heute sitzt er als Baron Green of Hurstpierpoint noch immer im britischen Oberhaus. In Großbritannien wird er seit seiner Erhebung in den Adelsstand im November 2010 korrekt als Lord Green angesprochen.

„Sie haben dem HSBC-Boss einen Posten verschafft und Sie lassen es den Steuervermeidern durchgehen“, attackierte Oppositionsführer Ed Miliband am Mittwoch in einer Parlamentsdebatte Premier Cameron scharf. Und tatsächlich gibt es in diesem Fall noch ein paar ungeklärte Fragen in Großbritannien.

Im Mai 2010 übergaben die französischen Steuerbehörden ihren Kollegen in Großbritannien die etwa 6000 britischen Namen auf den Falciani-Daten. 135 Millionen Pfund an Steuernachzahlungen und Strafen kamen zusammen. Obwohl die königlichen Steuerbehörden die HSBC-Daten auswerteten, wurde Green ein halbes Jahr später zum Lord geadelt und Mitglied der Regierung. Wusste Cameron nicht, was seine Steuerbehörden trieben? Oder nahm er es bewusst in Kauf? Lord Green jedenfalls schweigt seit einigen Tagen beharrlich. **CHRISTOPH GIESEN** > Seite 21



Fortsetzung folgt

Bei der Schweizer HSBC hatten Kunden aus 200 Ländern geheime Konten. Weltweit gehen nun Fahnder gegen die Bank und Steuerhinterzieher vor – mithilfe der internen Unterlagen, die der ehemalige HSBC-Mitarbeiter Hervé Falciani gestohlen hat. In unzähligen Ländern berichteten Medien über die Swiss-Leaks, eine Affäre, die noch lange nicht beendet ist

VON BASTIAN BRINKMANN, ROBERT GAST UND CHRISTOPH GIESEN

USA

Wenn große Banken vor einem Staat Angst haben, dann vor den USA. Kein Finanzhaus der Welt darf es sich mit den Vereinigten Staaten verschreiben, sonst besteht womöglich die Gefahr, vom Dollar abgeschnitten zu werden. Und ein Institut, das nicht mit der US-Währung arbeiten darf, kann einpacken. Dementsprechend angespannt beobachtet man wohl derzeit bei der HSBC wie Loretta Lynch reagiert. Sie soll neue Justizministerin werden und damit auch die oberste Staatsanwältin der USA. Nach den Swiss-Leaks-Berichten wies Lynch darauf hin, dass eine frühere Strafe gegen die HSBC ein neues Verfahren nicht ausschließt. 2012 hatte die Bank in einem Vergleich fast zwei Milliarden Dollar gezahlt, weil sie Geld für mexikanische Drogenkartelle gewaschen und Sanktionen gebrochen hatte. Der Vergleich habe keine Auswirkungen auf Ermittlungen wegen weiterer Vorwürfe, teilte Lynch mehreren Abgeordneten in einem Brief mit. Der Guardian schreibt unterdessen: Das Justizministerium ermittelt schon länger in Sachen Steuerhinterziehung gegen die Bank. Die zuständigen Beamten seien „sehr aktiv“.



Österreich

399 Personen mit 1209 Konten, das sind die österreichischen Zahlen der Falciani-Daten. Insgesamt geht es um ein Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro, die Österreicher im Nachbarland Schweiz bei einer Tochtergesellschaft der britischen HSBC angelegt hatten. Schon wenige Tage nach den Veröffentlichungen setzte sich das österreichische Finanzministerium in Wien mit den französischen Steuerbehörden in Verbindung. Denn Österreich möchte die Liste mit den potenziellen Schwarzgeldkonten. Ein Ministeriumssprecher drückte es knapp aus: „Wir wollen Namen.“ Unter den Kunden finden sich diverse Prominente des Landes, zu ihnen gehört ein Milliardär. Es sind Mitglieder einer Schmuckdynastie dabei, genauso wie österreichische Industrielle. Sie alle beteuern ihre Unschuld. Überprüfen werden das in den kommenden Monaten die österreichischen Behörden, sobald sie die Liste haben.

Schweiz

Selbstverständlich diskutieren die Schweizer die Swiss-Leaks-Berichte kontrovers. Da sind die einen, die nun rechtliche Konsequenzen fordern. Die Öffnung eines Ermittlungsverfahrens sei „das Mindeste“, sagte die frühere Außenministerin Micheline Calmy-Rey. Das verlangte auch ein Abgeordneter der Sozialdemokraten. Andere fühlen sich hingegen persönlich angegriffen, weil sie zur Branche zählen. Die Chefredakteurin des französischsprachigen Fachmagazins *Bilan*, die früher selbst bei einer Genfer Privatbank gearbeitet hatte, verurteilte die Swiss-Leaks-Berichte: Das seien keine investigativen Recherchen, nur Datenspieler. Manche wiederum sehen die Banken zu Unrecht am Pranger, weil die Institute schon viel verändert hätten. Die HSBC habe aufgeräumt, ließ etwa die Schweizer Bankenaufsicht wissen. „Das Geschäftsgebaren der HSBC hat sich klar verändert“, sagte ein Sprecher. Drei umfassende Verfahren zur Geldwäsche seien inzwischen abgeschlossen. Die Aufsicht lobte auch, dass die HSBC ihre Computersysteme sicherer gemacht habe – aus diesen hatte der damalige Mitarbeiter Hervé Falciani die Unterlagen von Zehntausenden Konten gestohlen.

Finnland

Theoretisch lassen sich Steuerstrafverfahren in Finnland rasch aufklären, denn im Unterschied zu Deutschland sind dort – wie in Skandinavien üblich – die Steuerbescheide aller Bürger leicht öffentlich einsehbar. Wer die HSBC-Daten hat, könnte zügig prüfen, ob die insgesamt etwa 80 Personen aus Finnland Vermögen in der Schweiz versteckten. Laut den Unterlagen geht es um mehr als 20 Millionen Euro. Das Problem: Die Behörden haben die Daten nicht. Mehrfach, beteuerten finnische Beamte in den vergangenen Tagen, habe es offizielle Anfragen aus Helsinki an die französischen Steuerbehörden gegeben. Immer erfolglos. Offenbar aus Verzweiflung wurden finnische Steuerfahnder selbst bei beteiligten Journalisten aus Finnland vorstellig. Die rücten aber die Daten nicht heraus, weil Medien keine Hilfsorgane der Polizei oder der Steuerfahndung sind. Nun soll es mal wieder einen neuen Anlauf geben – ganz offiziell.

NORD-AMERIKA

EUROPA

ASIEN

NAHER OSTEN

AFRIKA

LATEIN-AMERIKA

In diesen Ländern prüfen Behörden jetzt Ermittlungen, oder sie laufen bereits – gegen die HSBC Schweiz oder Steuerhinterzieher.
Weltweit sind die Swiss-Leaks-Berichte ein Thema, wie diese neun Länder beispielhaft zeigen.

Paraguay

In Paraguay sind nur 86 Menschen von den Swiss-Leaks betroffen. Dafür steht ein sehr prominenter Name auf der Liste einstiger HSBC-Kunden: Horacio Cartes, 58, ist seit 2013 Präsident des Landes. Bevor er Politiker wurde, verwaltete Cartes die Geschäfte einer großen Unternehmensgruppe, die seiner Familie gehört. 1989 wurde er wegen Geldwäsche angeklagt und saß deshalb einige Monate im Gefängnis. Wie die Dokumente des Swiss-Leaks zeigen, eröffnete Cartes in dieser Zeit ein Konto in der Schweiz. Von 1989 bis 1991 war er Kunde der Genfer HSBC. Einer der zwei Konten, mit denen Cartes in Verbindung steht, hieß „Sofias89“ – so wie seine Tochter. Nach anfänglichem Schweigen teilte Cartes schließlich in einer Stellungnahme mit, die Konten seien etwas, „das in unserem Land schon immer legal war.“ Kein Problem also? Tatsächlich will die Staatsanwaltschaft nicht gegen Cartes ermitteln, wie die Zeitung *ABC Color* berichtet. Die Begründung der Justiz: Die Sache sei schon lange her. Auch sei nicht ersichtlich, dass das Geld bei der HSBC aus illegalen Aktivitäten stammte. Und überhaupt: Der Präsident habe ja bereits 1989 einige Zeit im Gefängnis gesessen.

Großbritannien

Die Enthüllung der Falciani-Daten hat in Großbritannien eine massive Debatte ausgelöst. Im Fokus stehen zum einen die Steuerbehörden, zum anderen Premier David Cameron höchstselbst. 6000 Kunden der Schweizer HSBC-Tochter stammten aus Großbritannien. Das sind fast dreimal so viele wie aus Deutschland. Schaut man sich jedoch die Steuerrückzahlungen an, fällt auf, dass die königlichen Fahnder beschiedene 135 Millionen Pfund zurückholten konnten. In Spanien waren es mehr als 260 Millionen Euro, in Indien gar fast 450 Millionen Euro. Der Grund: In vielen Fällen sind die Briten nur zivilrechtlich vorgelagert. Häufig kamen die HSBC-Kunden mit einer Nachzahlung von zehn Prozent davon. Die Behörden mussten sich diese Woche dafür rechtfertigen. Die Hürden für ein zivilrechtliches Vorgehen seien geringer, sagten sie. Und eine strafrechtliche Verfolgung sei nicht in Frage gekommen, da die französischen Behörden die Unterlagen nicht zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hätten. Dieser Version widersprachen am Freitag die Franzosen. Die britischen Behörden hätten das Material vollumfänglich einsetzen können, hieß es aus Paris. Ebenfalls unter Druck geraten ist Premier Cameron. Obwohl er hätte wissen müssen, dass seine Steuerfahnder die HSBC-Daten aufarbeiten, berief er Ende 2010 Lord Green in sein Kabinett. Der Mann war einst Chef der HSBC, just in den Jahren, in denen die Schweizer Tochter die dubiosen Geschäfte machte.

Griechenland

Was war das für ein Skandal im krisengeschüttelten Griechenland: Da übergab die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde ihrem Kollegen in Athen mehr als 2000 Namen griechischer HSBC-Kunden, die möglicherweise Steuern hinterzogen hatten. Doch die sogenannte Lagarde-Liste verschwand in der Schublade, jahrelang wurde nicht ermittelt. Als die Liste wieder auftauchte, fehlten plötzlich Verwandte des zuständigen Ministers. Der Mann steht dafür nun vor Gericht. Und die gerade gewählte Regierung will hart gegen Steuerhinterzieher vorgehen, betonte Premierminister Alexis Tsipras nach den Swiss-Leaks-Berichten. „Der politische Wille hat sich geändert“, sagte er. Bei Frankreichs Behörden, ergaben die Recherchen zu dem gestohlenen Material, finden sich noch 86 Namen mit Bezug zu Griechenland, die noch nicht auf der Lagarde-Liste standen. Tsipras will diese Daten anfordern.

Indien

1195 Inder hatten laut den Daten des Swiss-Leaks ein Konto bei der Genfer HSBC, insgesamt parkten sie dort etwa vier Milliarden Dollar. Auf der Kundenliste stehen zahlreiche Prominente des Landes: Wirtschaftsbosse und Multimillionäre, einer der reichsten Industriellen des Landes, eine ehemalige Ministerin sowie ein bekannter Filmregisseur. Fast alle bestreiten, ihr Schweizer Konto zur Steuerhinterziehung genutzt zu haben. Gegen etwa der Hälfte der einstigen HSBC-Kunden hat die Justiz schon vor Jahren ermittelt. Frankreich, das im Besitz der von Hervé Falciani gestohlenen Daten ist, hatte 2011 eine Liste mit 628 indischen HSBC-Kunden an die Regierung in Neu-Delhi übermittelt. Mehr als 500 Personen aus den Unterlagen sind dem Staat also bisher nicht bekannt. Die entsprechenden Dokumente will sich das indische Finanzministerium nun besorgen. Die Personen auf der Liste seien keine „heiligen Kühe“, sagte der Finanzminister. Man wolle alle Fälle systematisch untersuchen. Über das Schwarzgeld reicher Landsleute wird in Indien schon länger diskutiert. Unter anderem war es eines der Wahlversprechen von Indiens neuem Premierminister Narendra Modi gewesen, härter gegen Steuerbetrug vorzugehen. Man sehe nun wegen der Swiss-Leaks-Berichte, wo das zum Aufbau Indiens nötige Geld hingeflossen sei, kommentierte eine Politikerin der Regierungspartei BJP. Und Politiker der Opposition forderten, die Regierung solle endlich die HSBC anklagen.

Australien

Erst nachdem Medien berichteten, dass auch Australier in der Schweiz Geld versteckt haben, veröffentlichte die australische Steuerbehörde ihre Erfolgsmeldung: Der Staat habe bereits eine Kundenliste der HSBC Schweiz ausgewertet – und mehr als 30 Millionen Australische Dollar wieder reingeholt (mehr als 20 Millionen Euro). Dass Frankreichs Behörden auch den Australiern Kundendaten weitergegeben hatten, war bisher nicht bekannt. 2010 übermittelten sie ihnen Akten, die 261 Konten betreffen. Somit haben Fahnder in mindestens dreizehn Ländern schon Daten auswertet. Von den Ermittlungen in Australien waren 70 HSBC-Kunden ausgenommen, die sich bereits selbst angezeigt hatten. Manche waren bei der Schweizer Tochter der Bank, andere aber bei Filialen, die nicht von dem Datendiebstahl betroffen sind. Alle, die sich selbst angezeigt haben, sind straffrei davon gekommen. Die Opposition wirft der Regierung aus, sonst zu nett mit Steuerhinterziehern umzugehen. Erst von 2018 an bekommt der Staat automatisch ausländische Kontendaten zugesandt. Deutschland und viele andere Staaten gehen schon ein Jahr früher so gegen Steuerhinterzieher vor.

„Wir entschuldigen uns aufrichtig“

Swiss-Leaks: Chef von HSBC reagiert auf Steuerskandal

München – Nach den Enthüllungen über die dubiosen Finanzpraktiken der Großbank HSBC hat sich diese in britischen Sonntagszeitungen mit ganzseitigen Anzeigen für vergangene Verfehlungen entschuldigt.



„Wir müssen zeigen, dass wir verstehen, dass die Gesellschaften, denen wir dienen, mehr von uns erwarten. Wir bitten daher aufrichtig um Entschuldigung“, schrieb der Vorstandsvorsitzende der Bank, Stuart Gulliver.

„Wir wollen definitiv keine Geschäfte mit Kunden machen, die Steuern hinterziehen oder die Richtlinien der Bank zu Finanzkriminalität nicht erfüllen.“

Seit Tagen steht die Bank weltweit in der Kritik. Koordiniert vom Internationalen Konsortium für investigativen Journalismus (ICIJ) hatten Medien aus mehr als 45 Ländern, darunter auch *Süddeutsche Zeitung*, NDR und WDR den Swiss-Leaks-Datensatz mit mehr als 100 000 Kunden und mit einem Einlagevermögen von mindestens 75 Milliarden Euro ausgewertet. Aus diesen Daten ergibt sich eindeutig, dass die Schweizer Tochtergesellschaft der HSBC ihre Kunden jahrelang bei der Steuerhinterziehung unterstützt hatte sowie Waffenschleppern, Blutdiamantenhändlern und Diktatoren ermöglicht hatte, Konten in der Schweiz zu eröffnen.

Die Berichte über die Steueraffäre seien eine „schmerzhafte Erfahrung“ für Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter gewesen, schrieb nun HSBC-Chef Gulliver. Der überwiegende Teil der Kunden der Schweizer Tochter, von denen in den Berichten die Rede war, sei inzwischen nicht mehr bei der Bank. „Ich möchte versichern, dass unsere Schweizer Geschäfte komplett überarbeitet worden sind“, heißt es nun in dem offenen Brief.

Bereits am Samstag war der frühere HSBC-Chef Lord Green von seinem ehrenamtlichen Posten beim Lobbyverband The CityUK, der die Interessen der britischen Finanzbranche vertritt, zurückgetreten. Green war von 2006 bis 2010 Aufsichtsratschef, und zuvor Vorstandsvorsitzender der Bank. Zu den Swiss-Leaks-Enthüllungen hat er sich bisher nicht geäußert. **GIE**

Ein Fall für den Staatsanwalt

Hausdurchsuchung bei der Schweizer HSBC: Ermittler in Genf gehen nun gegen die Bank vor, die durch weltweite Enthüllungen in der Kritik steht. Die Behörden prüfen den Verdacht der Geldwäsche

VON CHRISTOPH GIESEN
UND CHARLOTTE THEILE

München/Zürich – Der unangemeldete Besuch kam am Mittwoch um 9.15 Uhr. Dann begann die Durchsuchung in der Zentrale der Bank am vornehmen Quai des Bergues, direkt im Zentrum von Genf. Eilig zogen Bankangestellte die grauen Vorhänge zu, als Polizisten in Zivil, zwei Finanzanalysten und zwei Staatsanwälte die Räume der Schweizer Tochtergesellschaft der britischen Großbank HSBC betreten. Um 10.30 Uhr gingen sie wieder.

Die Durchsuchung ist Teil der jetzt eröffneten Ermittlungen der Genfer Staatsanwaltschaft. Sie hat ein Strafverfahren we-



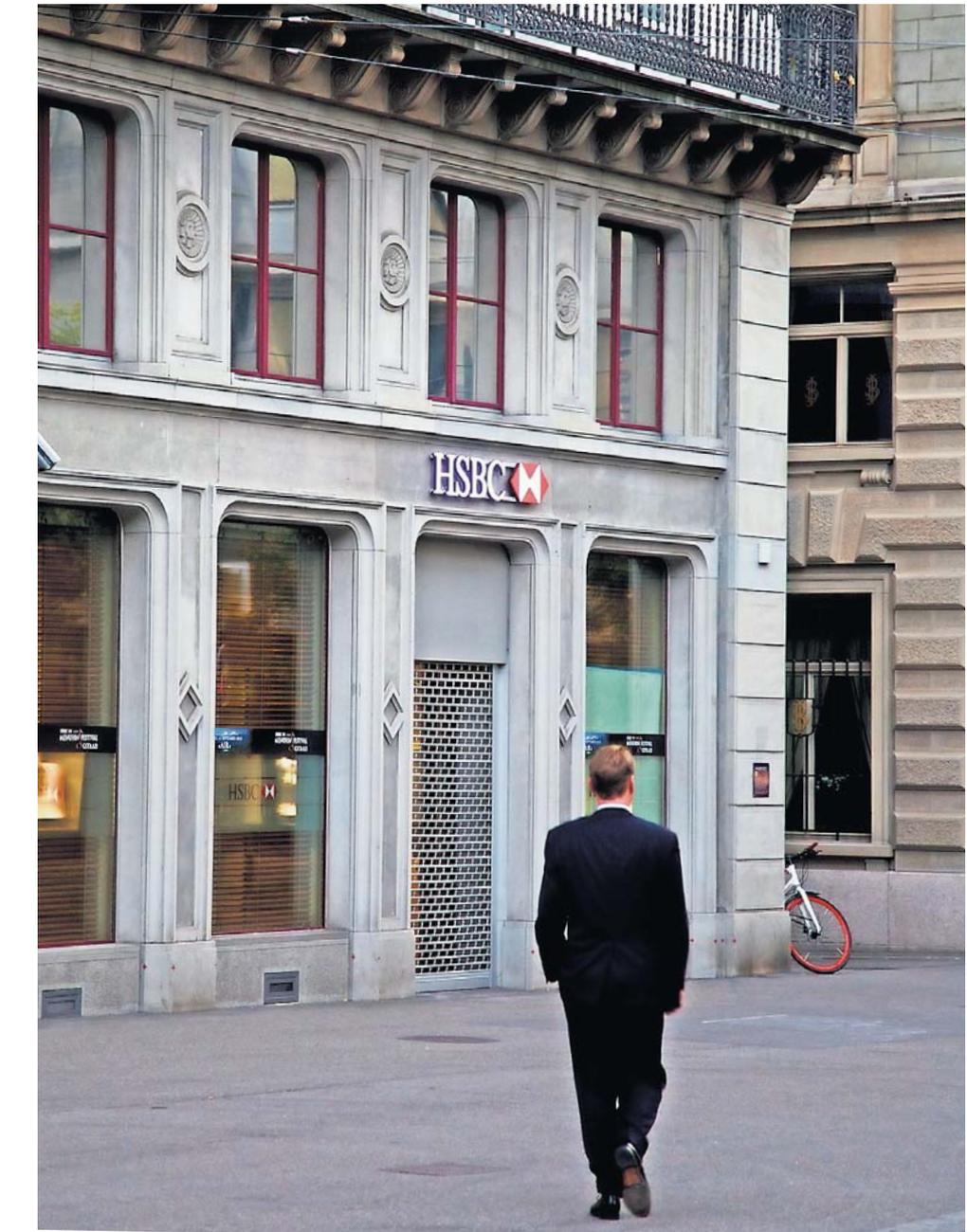
gen des Verdachts auf Geldwäsche gegen die HSBC Schweiz eingeleitet. Die Untersuchungen könnten auch auf bisher unbekannte Personen ausgeweitet werden, wenn der Verdacht bestehe, dass diese Geldwäsche begangen haben oder daran beteiligt waren. Die Staatsanwaltschaft wolle klären, ob die in den vergangenen Tagen in Medien erhobenen Vorwürfe gegen die Bank zutreffend seien, sagte der Genfer Generalstaatsanwalt Olivier Jornot.

Seit Tagen steht die HSBC weltweit in der Kritik, es ist eine der schwersten Krisen in der knapp 150-jährigen Unternehmensgeschichte. Enthüllungen über dubiose Praktiken kosteten die Bank 3,5 Milliarden Pfund an Börsenwert. Koordiniert vom Internationalen Konsortium für investigativen Journalismus (ICIJ) hatten Journalisten aus mehr als 45 Ländern, darunter auch *Süddeutsche Zeitung*, NDR und WDR einen Datensatz mit mehr als 100 000 Kunden und mit einem Einlagevermögen von mindestens 75 Milliarden Euro ausgewertet. Es handelt sich um Informationen, die französische Behörden bei einem ehemaligen Mitarbeiter der HSBC Genf beschlagnahmt hatten. Der Computerfachmann Hervé Falciani hatte die Kundendaten zuvor bei seinem damaligen Arbeitgeber entwendet. Aus den Daten ergibt sich, dass die Schweizer Tochtergesellschaft der HSBC ihre Kunden jahrelang bei der Steuerhinterziehung unterstützt hat. Sie hat außerdem Waffenschleppern, Blutdiamantenhändlern und Diktatoren ermöglicht, Konten in der Schweiz zu eröffnen. Die Bank räumt inzwischen ein, dass die interne Kontrolle damals versagt hat.

In mehreren Ländern laufen bereits Ermittlungen gegen die Bank. Nun hat sie auch in der Heimat strafrechtlichen Ärger. Die Schweizer Behörden äußern sich nicht öffentlich, doch Auslöser für die Ermittlungen dürften Kunden wie der libanesisch-belgische Diamantenhändler Emmanuel Shallop sein. Derzeit sitzt Shallop in Belgien im Gefängnis. Zeitweise lagerte er auf seinem HSBC-Konto knapp drei Millionen Dollar. Es deutet viel darauf hin, dass das Geld aus tödlichen Deals stammt – was die Schweizer HSBC nicht daran hinderte, mit ihm Geschäfte zu machen.

Nachzulesen waren Shallops Verstrickungen bereits 2001 in einem Bericht der Vereinten Nationen. Darin wird Shallop vorgeworfen, Geschäfte mit Rebellen in Sierra Leone gemacht zu haben. Zehntausende starben beim Bürgerkrieg in dem westafrikanischen Land. Finanziert wurde der Konflikt mit Blutdiamanten. Jenen Edelsteinen also, die illegal geschürft und veräußert werden, um Waffen zu kaufen.

Trotz der UN-Vorwürfe und deutlicher Hinweise auf Steuerermittlungen in Belgi-



Eine Filiale der HSBC in Zürich: Jetzt laufen auch Ermittlungen in der Schweiz gegen die Bank.

FOTO: GIANLUCA COLLA/BLOOMBERG

en für die HSBC-Tochter Shallops Vermögen in der Schweiz nicht ein. 2010 verurteilte ihn ein Gericht in Antwerpen wegen des Handels mit Blutdiamanten zu sechs Jahren Haft. Edelsteine und Immobilien im Wert von 59 Millionen Dollar wurden beschlagnahmt.

Auch zahlreiche Waffenschlepper hatten ihre Konten bei der HSBC-Tochter in der Schweiz. In den Jahren 2006 und 2007 lagen auf den Konten, die mutmaßlichen Waffenhändlern zugeschrieben werden, insgesamt mehr als 56 Millionen Dollar. Ebenfalls in den Daten finden sich die Namen etlicher potenzieller Financiers von Terrororganisationen. Genauso gehörten Autokraten und ihre Familienmitglieder jahrelang zu guten Kunden der Bank.

Die Schweiz ist gegen solche Probleme lange Zeit nicht vorgegangen. Anklage hatte der Staat stattdessen gegen Falciani erhoben, der inzwischen in Frankreich unter Polizeischutz lebt. 2011 erteilte die Schweizer Bankenaufsicht nach einer Untersuchung des Datendiebstahls der HSBC ledig-

lich eine Rüge, wegen Mängeln bei der internen Organisation und der Kontrolle der IT. Von Geldwäsche war damals nicht die Rede. Die Schweizer Regierung erklärte vielmehr wiederholt, dass gestohlene Bankdaten nicht Grundlage für Ermittlungen sein dürften.

Unter den HSBC-Kunden waren Waffenschlepper und Blutdiamantenhändler

Warum also plötzlich doch? Das liege an den Swiss-Leaks-Enthüllungen, sagt Peter Viktor Kunz, Wirtschaftsrechtler an der Universität Bern. Die Genfer Staatsanwaltschaft hätte nicht früher tätig werden können, weil es vor den Medienberichten nur Anhaltspunkte für Steuerdelikte gegeben habe. Mit diesen alleine sind strafrechtliche Ermittlungen in der Schweiz nicht möglich. Das sei nun anders: „Es wurden völlig neue und konkrete Verdachtsmomente vorgebracht. Es geht um Geldwä-

sche und Terrorismusfinanzierung, was auch in der Schweiz strafbar ist. So musste die Genfer Strafbehörde sogar ein Verfahren eröffnen.“

Dass sich nun etwas in der Bankenbranche ändert, glaubt Kunz nicht. „Das Strafverfahren und die Hausdurchsuchung haben keine generellen Auswirkungen auf den Schweizer Finanzplatz“, sagt er. Immerhin werde damit belegt, dass Schweizer Behörden Vorwürfe wegen Geldwäscherei nicht auf die leichte Schulter nehmen würden.

Außerhalb der Schweiz wird gegen die HSBC auch in Belgien ermittelt. Ein Richter hatte zwischenzeitlich gar mit internationalen Haftbefehlen gegen leitende Manager gedroht, weil sich die Bank weigerte, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Untersuchungen laufen auch in Argentinien und den Vereinigten Staaten. In Frankreich wurden die Ermittlungen gegen die Schweizer HSBC gerade abgeschlossen. In den kommenden drei Monaten wird sich entscheiden, ob es zu einem Prozess kommt. **> Medien**